

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1934 bis 1944 Band 2

Die NS-Diktatur

Band 2/124: 30.08.1944 – 15.09.1944

30.08.1944

Anti-Hitler-Koalition: Osobka-Morawski, ein führendes Mitglied der polnischen PKWN-Regierung, erklärt am 30. August 1944 während einer Presseerklärung in England (x001/139E): >>... Es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt (Verwaltungsübernahme durch Polen) bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.<<

31.08.1944

Polen: Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschließt am 31. August 1944 ein Dekret über die Strafzumessung für faschistisch-hitleristische Verbrecher, die der Tötung und der Mißhandlung von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen schuldig sind, sowie für Verräter des polnischen Volkes (x003/8-9): >>Art. 1. Wer in Zusammenarbeit mit den deutschen Besatzungsbehörden:

- a) an der Tötung von Zivilpersonen oder Kriegsgefangenen, an ihrer Mißhandlung oder an ihrer Verfolgung teilgenommen hat oder teilnimmt,
- b) Personen, welche sich auf dem Gebiete des polnischen Staates aufhalten, geschädigt hat oder schädigt, insbesondere durch die Festnahme oder Auslieferung der Personen, die von den Besatzungsbehörden aus irgendwelchen Gründen gesucht oder verfolgt wurden, wird mit dem Tode bestraft.

Art. 2. Wer ... Leistungen erpreßt hat oder erpreßt, wird mit Gefängnis bis zu 15 Jahren oder lebenslänglich bestraft. ...

Art. 4. Ebenso wie die in diesem Dekret aufgezählten Straftaten werden bestraft: Versuch, Anstiftung und Beihilfe.

Art. 5. § 1. Im Falle der Verurteilung wegen einer in den Art. 1, 2 und 4 dieses Dekrets bezeichneten Straftat spricht das Gericht noch aus:

- a) den Verlust der öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte,
- b) die Konfiskation des gesamten Vermögens des Verurteilten, darüber hinaus kann auch die Konfiskation des Vermögens des Ehegatten des Verurteilten und seiner Kinder ausgesprochen werden. ...

Art. 7. Die in diesem Dekret angeführten Straftaten unterliegen der Zuständigkeit der Sonderstrafgerichte. ...

Art. 9. Dieses Dekret ... ist auf alle nach dem 31.08.1939 begangenen und in diesem Dekret angeführten Straftaten anzuwenden.<<

Das Dekret vom 31. August 1944 bildet später die Grundlage für die polnischen Massenverhaftungen in den Reichsgebieten östlich der Oder und Neiße und in dem Gebiet der Freien Stadt Danzig (x010/35).

Slowakei: Slowakische Partisanenverbände riegeln am 31. August 1945 die Mittelslowakei von allen Seiten ab. Die slowakische Armee kontrolliert außerdem schon große Teile der Ost-

slowakei.

Im Hauerland halten sich noch mehrere tausend bombenevakuierete Schüler und Lehrer in KLV-Lagern auf. Deutsche Truppen starten aus Preßburg, um die gefährdeten Reichs- und Volksdeutschen mit Omnibussen und Lastkraftwagen zu evakuieren. Bei Kremnitz gerät der "Hilfskonvoi" in einen Hinterhalt und wird fast völlig vernichtet. Nur wenige Soldaten können sich nach Preßburg durchschlagen.

In Bad Lubochna (bei Rosenberg) verteidigen einige Wehrmachtssoldaten und ca. 100 Jugendliche ein KLV-Lager gegen überlegene slowakische Partisanenverbände. Alle Deutschen werden schließlich niedergemacht (x005/716).

02.09.1944

Ostkrieg: Die finnische Regierung nimmt die sowjetischen Waffenstillstandsbedingungen an, kündigt am 2. September 1944 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum NS-Regime an und fordert den Abzug der deutschen Truppen aus Finnland (x040/233).

Anti-Hitler-Koalition: Die nordamerikanische "Dreierkommission" (Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau) veröffentlicht am 2. September 1944 den sog. "Morgenthau-Plan".

Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" soll das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches sind vollständig zu demonstrieren bzw. zu zerstören. Die nordamerikanische "Dreierkommission" ist fest entschlossen, das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der Morgenthau-Plan enthält u.a. folgende Forderungen (x044/202-203): >>... Es sollte das Ziel der Alliierten sein, die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands in kürzestmöglicher Zeit nach der Kapitulation durchzuführen. Das bedeutet:

Vollständige Entwaffnung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes.

Polen sollte denjenigen Teil Ostpreußens erhalten, welcher nicht an Rußland fällt, dazu den südlichen Teil von Schlesien.

Frankreich sollte die Saar und die angrenzenden Gebiete erhalten, welche durch den Rhein und die Mosel begrenzt werden.

Es sollte eine internationale Zone geschaffen werden, welche die Ruhr und die Industriegebiete umfaßt.

Der Restteil Deutschlands sollte in zwei autonome, unabhängige Staaten,

1. einen süddeutschen, bestehend aus Bayern, Württemberg, Baden und einigen kleineren Gebieten, und

2. einen norddeutschen, umfassend den größeren Teil des preußischen Staates, Sachsen, Thüringen und einzelne kleine Staaten, aufgeteilt werden.

Im Ruhrgebiet liegt das Herz der deutschen industriellen Macht. Diese sollte nicht nur von allen dort augenblicklich bestehenden Industrien entblößt, sondern so geschwächt und kontrolliert werden, daß es in absehbarer Zeit kein Industriegebiet wieder werden kann.

a) Innerhalb kürzester Frist, wenn möglich nicht länger als 6 Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten, sollen alle Industrieanlagen und Ausrüstungen nicht durch eine militärische Aktion zerstört, sondern vollständig demontiert und als Restitution (Erstattung) für die Alliierten abtransportiert werden. Alle Kohlengrubenausrüstungen sollen entfernt und die Kohlengruben geschlossen werden.

b) Das Gebiet soll internationalisiert und durch eine internationale Sicherheitsbehörde, die durch die Vereinten Nationen zu errichten wäre, verwaltet werden. ...<<

Fred Smith (1890-1953, 1945-46 US-Finanzminister) berichtet später über die Entstehung des "Morgenthau-Plans" (x131/226-227): >>Am 7. August 1944, ungefähr um 12.35 Uhr, wurde in einem Zelt in Südengland der Morgenthau-Plan geboren. Tatsächlich war es General Dwight D. Eisenhower, der das Projekt startete. ... Die Angelegenheit kam zuerst beim Mit-

tagessen in General Eisenhowers Zelt auf. ... Minister Morgenthau, der stellvertretende Minister Harry D. White und ich waren anwesend. ...

White sagte: "Ich denke, wir sollten der gesamten deutschen Wirtschaft die Möglichkeit geben, sich wieder zu fangen, bevor wir irgend etwas damit tun".

Daraufhin wurde Eisenhower hart und sagte: "Ich bin an der deutschen Wirtschaft nicht interessiert, und ich persönlich würde sie nicht unterstützen, wenn das den Deutschen helfen würde."

Er sagte, er meine, die Deutschen müßten bestraft werden: "Die Rädelsführer und SS-Truppen sollten ohne Frage zum Tode verurteilt werden, aber die Bestrafung sollte hier nicht enden."

Er meinte, das Volk sei schuldig, weil es das Regime unterstützte, und deshalb sei es Teil des gesamten deutschen Plans. Er persönlich "würde es gern sehen, wenn man es ihnen eine Zeitlang recht hart machte". ...

Der General erklärte, er sehe keinen Sinn darin, einen Paranoiden (Geistesgestörten) "sanft zu behandeln, und die gesamte deutsche Bevölkerung ist künstlich paranoid. Den Leuten hat man ihr ganzes Leben lang beigebracht, in ihren Taten und ihren Gedanken paranoid zu sein, und man muß sie zwingen, damit aufzuhören. Der einzige Weg, dies zu erreichen, ist, recht hart zu ihnen zu sein. Ich sehe mit Sicherheit keinen Sinn darin, ihre Wirtschaft zu stützen oder irgendwelche anderen Schritte zu unternehmen, um ihnen zu helfen."

Auf diese Aussage hin wurde der Plan, die Deutschen hart anzupacken, noch geschürt.

White bemerkte: "Wir würden Sie gerne in bezug auf das Problem, wie mit dem deutschen Volk umgegangen werden soll, zitieren. Eisenhower erwiderte, daß er ruhig zitiert werden könne. Er sagte: "Ich werde das dem Präsidenten persönlich sagen, wenn nötig."<<

US-Finanzminister Henry Morgenthau (1891-1967, 1934-45 US-Finanzminister und persönlicher Berater des nordamerikanischen Präsidenten), der diesen aus 14 Punkten bestehenden Plan maßgeblich prägt und während der Überarbeitung nochmals erheblich verschärft, ist der festen Überzeugung, daß die Deutschen unweigerlich weitere Kriege anfangen würden.

Daher müßte man sie zu einer drittklassigen Nation reduzieren, um das "Problem Deutschland" endgültig und radikal zu erledigen. Die "deutsche Gefahr" kann nach Morgenthaus Meinung nur beseitigt werden, wenn man das Deutsche Reich drastisch verkleinern und zu einem primitiven Agrarstaat zurückentwickeln würde.

Morgenthau fordert z.B. in der Denkschrift ("Maßnahmen zur Verhinderung eines Dritten Weltkrieges"), die gesamte deutsche Industrie zu demontieren, um das hochindustrialisierte Deutsche Reich langfristig auszuschalten (x114/1.54): >>... Das einzige, für das ich meinen Namen hergebe, ist die völlige Stilllegung der Ruhr. Was aus den Deutschen wird, ist mir egal. ... Wenn im Ruhrgebiet die Maschinen zerstört, die Bergwerke überflutet, gesprengt, zerstört werden, dann können sie keine Kriege mehr führen. ...

Die Lösung scheint schrecklich unmenschlich, grausam zu sein. Wir haben den Krieg nicht gewollt. Wir haben nicht Millionen in die Gaskammern gejagt. Wir haben all das nicht getan. Sie haben es ja so gewollt. Ich denke an die Zukunft meiner Kinder und Enkel und will nicht, daß diese Bestien wieder Krieg führen. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Henry Morgenthau jr. (x051/-390): >>Morgenthau, Henry jr., geboren in New York 11.5.1891, gestorben in Poughkeepsie (New York) 6.2.1967, amerikanischer Politiker; 1931 Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses, 1933 Unterstaatssekretär, 1934-45 Finanzminister Roosevelts und einflußreicher Berater.

Auf Morgenthaus Initiative ging 1944 der Morgenthau-Plan zurück, der ungewollt der nationalsozialistischen Durchhaltepropaganda Munition lieferte, die auch Morgenthaus jüdische Herkunft dabei ausschaltete. Morgenthau war nach dem Krieg 1951-54 Chef der amerikanischen Finanz- und Entwicklungsbehörde für Israel.<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über den Morgenthau-Plan (x306/70-78): >>Die Stunde Morgenthaus

Der Rahmen der so folgereichen Londoner Vereinbarungen mußte so oder so mit einem Inhalt gefüllt werden. Die Zonen waren festgelegt, wobei der Streit zwischen den Engländern und Amerikanern bis zum September 1944 darum gegangen war, wer die südliche und wer die nördliche Zone in Westdeutschland erhalten sollte. Was in der Zone getan und welche Politik im Kontrollrat verfolgt werden sollte, war damit aber noch nicht ausgemacht.

Die Londoner Planung der anglo-amerikanischen German Country Unit in Eisenhowers Hauptquartier konnte die Beendigung der Richtungskämpfe in Washington nicht abwarten. Sie brauchte handliche Richtlinien für die einmarschierenden Truppen. Im Sommer 1944 lag ein zusammenfassendes Handbuch über die Besetzung Deutschlands druckfertig vor.

Da traf in London der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau jr. ein. Auf dem Flug nach London hatte ihm (nach Morgenthau eigener Darstellung) sein engster Mitarbeiter Harry Dexter White ein Memorandum des Außenministeriums zur Frage deutscher Reparationen als Reiselektüre vorgelegt. Morgenthau schrieb: "Ich lehnte mich zurück, um es zu lesen, erst mit Interesse, dann mit Zweifel, schließlich mit entschiedenem Widerspruch." Und Morgenthau beschloß, sich in die deutsche Frage einzuschalten.

Die Einschaltung Morgenthau war nicht so zufällig, wie er es darstellte. Er selbst war von Anfang an für einen scharfen Kurs in der Deutschlandpolitik empfänglich gewesen. Das Netz jedoch, auf dem von nun an die unter seinem Namen laufende Endlösung der deutschen Frage vertreten werden sollte, war von Harry Dexter White aufgebaut worden. Ob White ein Agent der Sowjetunion war oder nicht, ist nie eindeutig geklärt worden.

Außer jedem Zweifel steht jedoch, daß White im Ministerium ein Netz von persönlichen Vertrauten und Zuträgern aufbaute, das ihm zur Verfolgung seiner persönlichen Politik diene. Zwei dieser Vertrauten waren Oberst Bernard Bernstein, Leiter der Finanzabteilung der SHAEF Civil Affairs Division, der White über die Planungen in Eisenhowers Hauptquartier, und L. C. Aarons, Finanzberater von Botschafter Winant, der ihn über die Arbeiten der Europäischen Beratungskommission auf dem Laufenden hielt.

Morgenthau will nach einem Besuch bei Eisenhower auf die Idee gekommen sein "Warum sollte man Deutschland nicht überwiegend zu einer Nation von Kleinbauern machen?".

Als langjähriger Herausgeber einer landwirtschaftlichen Fachzeitschrift glaubte er zu wissen, "daß Menschen, die dem Boden nahe sind, dazu tendieren, ein ruhiges und friedvolles Leben zu führen."

Doch Morgenthau Deutschlandpolitik war kaum so plötzlich entstanden, wie er glauben machen wollte. Denn schon fünf Tage nach dem Besuch bei Eisenhower konnten er und Harry Dexter White an einem heißen August Tag auf dem Rasen vor einem englischen Landhaus Winant, dessen Mitarbeitern Penrose und Mosely, sowie dem ungebeten anwesenden Oberst Bernstein einen detaillierten Deutschlandplan vortragen. Mosely widersprach heftig und wies nach, daß das Ergebnis von Morgenthau Plan die Kontrolle Europas durch die Sowjetunion sein würde.

Doch dieses Argument wirkte bei Morgenthau und den Seinen nicht so durchschlagend, wie Mosely meinte. Mosleys Einwurf, daß die Vereinigten Staaten nicht zwei Weltkriege geführt hätten, um Deutschland und mit ihm Europa den Sowjetrussen zu unterwerfen, galt ihnen vielmehr als ein Beweis des machtpolitischen Unverständnisses für die sich anbahnende moralische Weltordnung.

Morgenthau informierte sich weiter. Eden zeigte ihm das Protokoll der Teheraner Konferenz (November/Dezember 1943) der großen Drei, aus dem hervorging, daß Roosevelt an eine deutsche Teilung dachte, während Stalin umfangreiche Reparationen und die Entindustriali-

sierung Deutschlands befürwortete.

Am 17. August flog Morgenthau nach Washington zurück. Er vergewisserte sich erst, was der Außenminister Hull über die Deutschlandfrage dachte. Dieser erzählte, daß er niemals die Protokolle der Teheraner Konferenz gesehen habe, daß man ihm nicht mitteile, was in der Spitzenplanung vorgehe und daß ihm bedeutet worden sei, die Deutschlandplanung sei Sache der Armee, nicht des Außenministeriums.

Morgenthau ging dann zu Roosevelt, der sich dahingehend äußerte, man müsse "tough" sein, nicht nur mit den Nazis, sondern auch mit dem deutschen Volke. Nachdem Morgenthau so festgestellt hatte, daß er auf dem erwünschten Wege war, setzte er einen Ausschuß des Finanzministeriums aus Harry Dexter White, Ansel Luxford und John W. Pehle ein, die einen neuen Deutschlandplan ausarbeiten sollten, der Roosevelts und Stalins Teheraner Anregungen verschmolz.

Als Morgenthau eine Woche später, am 25. August, wieder Roosevelt aufsuchte, zog er das "Handbook for Military Government in Germany", das wie andere amtliche Dokumente von Whites Vertrauensmännern Bernstein und Aarons nach Washington gebracht worden war, hervor. Morgenthau hatte einen Auszug der "weichen Stellen" dabei. Roosevelt ließ den Kriegsminister Stimson und den stellvertretenden Marineminister Forrestal kommen und bemerkte, daß er gerade über das Handbuch der SHAEF gehört habe. Es wäre zu "weich". Die Deutschen dürften den niedrigsten Lebensstandard eines der von ihnen besetzten Länder nicht überschreiten.

Seine Stellungnahme unterstrich er durch ein Memorandum, das mit den Worten "Das sogenannte Handbuch ist ziemlich schlecht" begann. Der Kern der Argumentation Roosevelts war, daß dem deutschen Volk als Ganzem beigebracht werden müsse, daß es sich in eine gesetzlose Konspiration gegen die Würde der modernen Zivilisation eingelassen habe.

Der Ausschuß des Finanzministeriums unter White hatte am 2. September 1944 seinen Plan fertiggestellt und legte ihn den Vertretern des Außen- und Kriegsministeriums vor. Der Plan unterschied sich nur in einem Punkt von dem späteren Morgenthau Plan. Das Ruhrgebiet sollte nicht entindustrialisiert, sondern nur von Deutschland abgetrennt werden. Der Morgenthau Plan ist die Grundlage aller weiteren Deutschlandplanung.

Wenn der Verfasser der eingehendsten deutschen Untersuchung über die amerikanische Deutschlandplanung schreibt, daß es die Planung eines Außenseiters sei, der die langjährigen Arbeiten der Fachleute vom Tische fegte, verkennt er die Natur der persönlichen Regierung von Franklin D. Roosevelt. Roosevelts Anordnung an Außen- und Kriegsminister, daß sie einen "harten" Deutschlandplan ausarbeiten sollten, anderenfalls sie bei der Deutschlandplanung übergangen würden, entspricht eher dem Wesen dieses Regimes. Der Morgenthau Plan war die ausgereifte Deutschland Konzeption des New Deal-Liberalismus. ...

Ein Kabinettsausschuß unter Harry Hopkins erhielt die Aufgabe, eine Deutschlandpolitik auf der neuen Basis auszuarbeiten. Am 6. September beriet er mit Roosevelt und Morgenthau. Dieser benutzte die Gelegenheit, im Gegensatz zum White Plan die Zerstörung der Ruhr Industrie zu fordern. Es bleibt offen, ob der Unterschied zwischen White und Morgenthau darin bestand, daß White der sowjetischen Politik näher stand und das Ruhrgebiet der Sowjetunion erhalten wollte, während Morgenthau den reinen Antigermanismus vertrat. Roosevelt erklärte, daß man das Ruhrgebiet eigentlich für Großbritannien erhalten müsse.

Morgenthau griff einige Tage später das Argument auf und meinte, daß gerade die Zerstörung des Ruhrgebietes die britische Wirtschaft stützen würde, da sie so die deutschen Märkte übernehmen könne. Roosevelt meinte jetzt, es sei das erste Mal, daß jemand behauptete, die Zerstörung der deutschen Wirtschaft nütze Europa. "Alle Wirtschaftler leugnen es. Ich aber stimme zu", soll er laut Morgenthau gesagt haben. Eine Einigkeit der verschiedenen Ministerien war nicht zu erzielen.

Roosevelt fuhr (wie gewöhnlich ohne seinen Außenminister) nach Quebec, wo er am 12. September Churchill traf. Kaum angekommen, schickte er Morgenthau ein Telegramm, er solle kommen. Morgenthau kam und hatte am 15. September Roosevelts und Churchills Unterschrift auf einem Plan mit 14 Punkten erlangt. Die an Wilsons 14 Punkte erinnernden 14 Punkte des Morgenthau Planes ("Program to prevent Germany from starting a World War III") sehen den baldigen Abzug der amerikanischen und britischen Truppen aus Deutschland und die Durchführung der geplanten Maßnahmen durch russische, französische und sonstige kontinentaleuropäische Truppen vor.

Deutschland sei nach dem Verlust einiger Gebiete im Osten und Westen in einen süddeutschen und norddeutschen Staat zu teilen. Ein großer Teil Westdeutschlands, mit dem Ruhrgebiet als Kern, sei einer den Vereinten Nationen zu unterstellenden Zone einzuverleiben, in der sämtliche industriellen Ausrüstungen zu zerstören oder zu demontieren seien. Der wesentliche Gedanke des Planes ist, daß die Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft (nach Durchführung der Demontagen) nicht die Aufgabe der Militärregierung, sondern des deutschen Volkes sei.

Durch scharfe Restriktionen des Außenhandels und des Kapitalimportes sei die Wiedererrichtung einer für militärische Zwecke verwendbaren Industrie zu unterbinden. Aber das Elend verwalten sollten die Deutschen in eigener Regie. Es ist der Grundgedanke der auf diesem Programm fußenden "Chaos Schule", daß die Alliierten ihre Sicherungsmaßnahmen ergreifen sollten, daß aber die Folgen für die deutsche Bevölkerung sie nichts angingen.

Daher sieht der Morgenthau Plan auch keine Reparationen aus der laufenden Produktion oder durch Geldzahlungen vor, da diese Leistungen ja eine funktionierende Wirtschaft voraussetzen würden. Doch der Morgenthau Plan hat noch eine andere Seite: die Nichtintervention in die deutsche Wirtschaft (Punkt 8 und 9) soll begleitet werden durch die Intervention in das Bildungswesen, die Presse, den Rundfunk (Punkt 6). Der (negative) Verzicht auf wirtschaftliche Lenkung, der zur völligen Verelendung führen mußte, sollte durch die (positive) seelische Lenkung ergänzt werden. ...

Der Morgenthau Plan wurde von Roosevelt und Churchill nicht in einem Zeitpunkt unterzeichnet, der ein ruhiges Ausreifen gestattet hätte. Er fiel vielmehr in die große politische Krise des Zweiten Weltkriegs, die Entscheidungen von dauernder Wirkung herbeiführte.

Die Alliierten unter der Führung Eisenhowers standen vor Aachen. Montgomery war der Ansicht, daß bei einem energischen Durchstoß die Besetzung des Ruhrgebietes und evtl. der Durchbruch nach Berlin glücken konnten. Eisenhower bremste ab, und niemand hat je bestritten, daß er ein guter Interpret des in Washington herrschenden Meinungsgleichgewichts war. Die Rote Armee überschwemmte im Osten Teile von Finnland, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien.

Die dramatischen Ereignisse des Aufstandes in Warschau, bei dem die amerikanischen Beobachter zu bemerken begannen, daß die Russen nicht so sehr für den gemeinsamen Sieg, als für die Expansion des auf die militärische Macht der Sowjetunion gestützten Kommunismus kämpften, bahnten einen Stimmungsumschwung an. Der Rausch der Hoffnung auf das Entstehen einer neuen Welt ebte ab. Die antigermanischen und panhumanistischen Konstrukteure der neuen Welt begannen zu spüren, daß ihre Herrschaft nicht ewig dauern würde. Es war der letzte Zeitpunkt gekommen, wo auf der Flut der Kriegspsychose politische Beute in den Hafen gebracht werden konnte.

Als der Zusammenbruch des Großdeutschen Reiches täglich erfolgen konnte, gelang es dem Finanzministerium, einen vorläufigen Deutschlandplan im Dreiministerienausschuß durchzusetzen, der den Ideen Morgenthaus folgte. Da Roosevelt und Churchill den Plan des Finanzministeriums in Quebec unterzeichnet hatten, schien den übrigen Ministerien ein weiterer Widerstand sinnlos. Oberst David Marcus von der Civil Affairs Division des Kriegsministeriums

setzte den Morgenthau Plan in eine Direktive für den Oberkommandierenden der amerikanischen Besatzungstruppen um.

Die Vertreter des Finanzministeriums stimmten begeistert zu. Am 22. September, nur eine Woche nach der Unterzeichnung (oder Paraphierung) von Quebec, fand unter Leitung von Harry Hopkins eine ganztägige Sitzung im Amtszimmer von McCloy im Pentagon statt. Die Vertreter des Finanzministeriums erklärten, daß der vorliegende Entwurf die Zustimmung Roosevelts habe. Die übrigen Minister gaben ihren Widerstand auf und unterzeichneten.

Es war die erste Fassung jener Direktive JCS 1067, die in ihrer sechsten Fassung die Grundlage der amerikanischen Deutschlandpolitik bis zum Sommer 1947 war, die in ergänzter Form im Potsdamer Abkommen der drei Mächte Sowjetunion, Großbritannien und USA als Basis der gemeinsamen Deutschlandpolitik anerkannt wurde und die für diejenigen, die behaupten, daß das Potsdamer Abkommen noch gültig ist, die Grundlage für den heutigen Status Deutschlands bildet.

Kaum war die Tinte der Unterschriften auf der vorläufigen Direktive getrocknet, ging Morgenthau daran, diese auch den Engländern aufzunütigen. Er war über Whites Gewährsleute Bernstein und Aarons in den Besitz eines britischen Deutschlandplanes vom September 1944 gekommen. Er verfaßte eine Entgegnung, in der er den Briten vorschlug, sich ihrerseits der vorläufigen Direktive vom 22. September 1944 anzuschließen. Er kritisierte vor allem, daß der britische Plan ungenügende Vorkehrungen

1. für die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und Kontrollen gegen eine Reindustrialisierung,
2. territoriale Abtrennungen vom Reich, besonders die des Ruhrgebiets,
3. Teilung Deutschlands,
4. Dezentralisierung,
5. Wiedergutmachung und Reparationen,
6. Aufbau des deutschen Erziehungswesens,
7. Bodenreform,
8. Bestrafung der Kriegsverbrecher enthielt.

Er hatte als nahestehenden Adressaten den Berater Churchills Lord Cherwell. Die Engländer überlegten, ob die von Morgenthau geführten Kreditverhandlungen ohne ihre Zustimmung zu seiner Deutschlandpolitik zum Erfolg zu führen seien.

Während Morgenthau versuchte, seinen Plan durch englische Unterstützung zu untermauern, war das Ganze in die Öffentlichkeit gedrungen. Jemand hatte am 21. September dem liberalen Journalisten Drew Pearson, der davon lebte und heute noch lebt, wöchentlich Indiskretionen einem auf Kulissenblicke wartenden Publikum zu bieten, eingeweiht.

Aus dem Morgenthau Plan wurde das Schlagwort "Ackerbau und Weideland" herausgepickt und eine eifrige Diskussion begonnen, bei der die Gegner dieses Schlagwortes überwogen. Roosevelt, der vor den Wahlen stand, nahm an, daß die Vertreter maximaler Schärfe in der Deutschlandpolitik auf jeden Fall für ihn stimmen würden, während die Stimmen derjenigen, die von geringeren Haßgefühlen geleitet waren, von beiden Kandidaten umstritten sein würden. Er begann, sich aus der Sache herauszuziehen.

Seinem Kriegsminister erklärte er, er wisse nicht, wie seine Unterschrift unter den Morgenthau Plan gekommen sei, er müsse ohne viel Nachdenken unterzeichnet haben. Morgenthau hatte ihm schon immer dazu gedient, Projekte probeweise zu vertreten, von denen und deren Urheber Roosevelt sich im Ernstfalle distanzieren konnte. Morgenthau, so meinte der Präsident jetzt, "had pulled a boner". Roosevelt wandte sich allerdings nicht einer anderen Deutschlandpolitik zu, sondern bis auf weiteres keiner.

Am 20. Oktober schrieb er an Hull, daß keine Eile in der Deutschlandplanung geboten sei und er es überhaupt nicht für nötig halte, "detaillierte Pläne für ein Land, das wir noch nicht be-

setzt haben", zu machen. Und auf die Anfrage des neuen Außenministers Stettinius weigerte er sich Ende November ausdrücklich, den amerikanischen Vertretern im European Advisory Council irgendwelche Anweisungen über die zukünftige Behandlung Deutschlands zukommen zu lassen.

Auch wenn es in der Planungsspitze zu einem vollständigen politischen Stillstand kam, mußte auf den unteren Ebenen doch weiter an der Vorbereitung der Besetzung Deutschlands gearbeitet werden. Die German Country Unit hatte das Verbot ihres Handbuches nicht überlebt. Sie wurde im August 1944 aufgelöst, um Rußland nicht den Verdacht zu liefern, daß England und Amerika in Deutschland gemeinsame Politik machen würden. ...

Bernstein flog im Januar 1945 nach Washington, um die Deutschlandplanung (im Morgenthauschen Sinne) nach dem Stillstand der Winter und Wahlmonate wieder anzukurbeln. Am 23. März 1945 wurde als letzte Zusammenfassung der amerikanischen Deutschlandpolitik vor Potsdam ein Policy-Memorandum vom interministeriellen Ausschuß mit den Unterschriften von Morgenthau und White (Finanzen), McCloy und Hilldring (Krieg), Grew, Clayton und Matthews (Äußeres) und Coe (Foreign Economic Administration) Roosevelt überreicht, der es mit seiner Unterschrift versah.

Das Memorandum, Roosevelts Testament in der Deutschland-Politik, trägt alle Kennzeichen der Morgenthau Schule: "Deutschlands rücksichtslose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis haben Deutschlands Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht."

Diesem Chaos solle von der Besatzungsmacht nicht Einhalt geboten werden. Sie solle sich nur mit dem Zweck einmischen, Hungersnöte und solche Epidemien und Unruhen zu verhindern, die die Besatzungstreitkräfte gefährden würden. Auch die Zahlung von Reparationen sei kein Grund für die Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft und dürfe keinesfalls als Entschuldigung für die Erhaltung einer Schwerindustrie oder die Gewährung von Krediten an Deutschland verwendet werden. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schreibt später über den "Morgenthau-Plan" (x283/233): >>Sehr weit im Sinne eines harten Friedens ging der Morgenthau-Plan. Der Autor Henry Morgenthau, Finanzexperte und Großagrarier, war ... Nachbar und Freund von Roosevelt, wurde 1934 Finanzminister und gilt als Philanthrop und Gründer der Weltbank.

Sein Vorschlag auf der Konferenz von Quebec im September 1944 lautete, Deutschland, von wo sein Vater 1865 ausgewandert war, zu entmilitarisieren und zu verkleinern, im Osten wie dann geschehen, im Westen durch Abtretung des Saargebiets an Frankreich und Ostfrieslands bis zur Weser an die Niederlande. Deutschland sei sodann aufzulösen in einen protestantischen Nord- und einen katholischen Südstaat. Die Bevölkerung könne von der Landwirtschaft leben, da die Städte ohnehin in Trümmern lagen. Das Ruhrgebiet sollte internationalisiert werden, die Fabriken, Versorgungs- und Industrieanlagen andernorts seien abzubauen. Kein Deutscher sollte ein Flugzeug führen dürfen.

Das Memorandum wurde am 15. September 1944 von Roosevelt und Churchill unterzeichnet. Es wurde in Deutschland bekannt und bot der Kriegspropaganda von Goebbels ein Argument, die letzten Reserven zu mobilisieren, damit Deutschland nicht "in die Steinzeit zurückversetzt werde". Diese Befürchtung war übertrieben, denn eisernes Werkzeug sollte statthaft bleiben, zum Beispiel Hammer und Sichel. ...<<

04.09.1944

USA: US-Finanzminister Morgenthau erklärt am 4. September 1944 während eines Gespräches mit US-Kriegsminister Stimson (x025/126,237): >>... Ich bin dafür, erst zu zerstören, und um die Bevölkerung werden wir uns dann in zweiter Linie Sorgen machen. ...

Ich konnte mit dem Präsidenten ruhig und ungestört sprechen, und ihm gefiel mein Vorschlag, auch Mrs. Roosevelt, die früher eine große Pazifistin war. Es macht ihr überhaupt keine Sor-

ge. ...<<

>>... Wenn man 1 Million (Griechen und Türken) verschieben kann, kann man auch 20 Millionen (Deutsche) verschieben.<<

05.09.1944

Anti-Hitler-Koalition: Finnland bricht am 5. September 1944 die diplomatischen Beziehungen zum NS-Regime ab und fordert den sofortigen Abzug aller deutschen Truppen (x040/233).

08.09.1944

Westkrieg: Erstmals Abschuss einer V 2-Fernrakete (x040/235).

Bis zur Einstellung der V 2-Angriffe am 27.03.1945 schlugen in Großbritannien 1.115 V 2-Raketen ein (Verluste der britischen Zivilbevölkerung: 2.724 Tote und 6.467 Schwerverletzte).

Anti-Hitler-Koalition: Nach dem Staatsstreich der Kommunisten in Bulgarien folgt am 8. September 1944 die bulgarische Kriegserklärung an das NS-Regime.

10.09.1944

Anti-Hitler-Koalition: Morgenthau schreibt am 10. September 1944 an den nordamerikanischen Präsidenten (x025/120): >>Seit 1864 hat Deutschland 5 Angriffskriege gegen fremde Staaten geführt, von denen immer größere Verwüstungen in immer größeren Gebieten als der vorhergehende verursacht hat. ...

Das Nazi-Regime ist nicht ein wilder Trieb einer ansonsten gesunden Gesellschaft, sondern ein organisch gewachsenes Produkt der deutschen politischen Entwicklung. Auch schon ehe das Nazi-Reich die Macht ergriff, hatte das deutsche Volk eine Anfälligkeit ohnegleichen gegenüber der Verführungskunst einer militärischen Clique an den Tag gelegt. ...<<

Im 19. Jahrhundert ereigneten sich tatsächlich viele kriegerische Auseinandersetzungen (Angriffskriege, Niederschlagungen von Unabhängigkeitsbewegungen und Volksaufständen), aber die späteren Alliierten waren damals wesentlich "kriegerischer" als die Deutschen bzw. Preußen.

Die nordamerikanischen Historiker Quincy Wright und Pitirim A. Sorokin prüften später die Kriegsbeteiligung der wichtigsten Staaten (ohne Ersten und Zweiten Weltkrieg). Sie kamen schließlich übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß Preußen und das Deutsche Reich unter den Großmächten der Neuzeit im 19. Jahrhundert zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Kriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389).

11.09.1944

Westkrieg: 234 britische Bomber richten am 11. September 1944 in Darmstadt schwere Verwüstungen an. Im Stadtgebiet sterben 12.000 Menschen. Mindestens 70.000 Einwohner werden obdachlos (x040/236).

US-Truppen erreichen am 11. September 1944 nördlich von Trier die westdeutschen Reichsgrenzen.

Die 1. Proklamation des Obersten Befehlshabers der westlichen Alliierten Truppen (General Eisenhower) vom 11. September 1944 an die deutsche Bevölkerung lautet (x092/930): >>AN DAS DEUTSCHE VOLK: ...

I. Die Alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberbefehl stehen, haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter einem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistische Deutschen Arbeiter Partei beseitigen, die NSDAP auflösen sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtsätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben. Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen. ...

II. ... Gerichte der Militärregierung werden eingesetzt, um Rechtsbrecher zu verurteilen. Widerstand gegen die Alliierten Streitkräfte wird unnachsichtlich gebrochen. Andere schwere strafbare Handlungen werden schärfstens geahndet.

III. Alle deutschen Gerichte, Unterrichts- und Erziehungsanstalten innerhalb des besetzten Gebietes werden bis auf Weiteres geschlossen. ...

IV. Alle Beamten sind verpflichtet, bis auf Weiteres auf ihren Posten zu verbleiben und alle Befehle und Anordnungen der Militärregierung ... zu befolgen und auszuführen. ...<<

Gemäß dem nordamerikanischen "Handbook for Military Government in Germany" soll die US-Besatzungszone großzügig verwaltet werden (x114/1.59): >>Die Verwaltung wird mit fester Hand geführt werden. Sie wird gleichermaßen gerecht und human sein. ...<<

US-Präsident Roosevelt, der diesen Leitfaden jedoch "als verdammt schlecht" verurteilt, erläßt später die streng geheim gehaltene "Direktive JCS 1067" (x114/1.62): >>... Deutschland wird nicht zum Zwecke seiner Befreiung besetzt, sondern wie ein besiegter Feindstaat behandelt. ... Die Verbrüderung mit deutschen Beamten und der Bevölkerung werden Sie streng unterbinden. ...<<

Anti-Hitler-Koalition: Henri Morgenthau fordert während der Konferenz in Quebec (11.-16.09.1944) die Abtretung Ostpreußens an die UdSSR sowie an Polen und die Abtretung Schlesiens bis zur Katzbach an Polen (x039/227).

12.09.1944

Westkrieg: Das alliierte Oberkommando verbietet den nordamerikanischen Soldaten am 12. September 1944 das "Fraternisieren" (sich verbrüdern bzw. vertraut werden) mit der deutschen Bevölkerung.

Anti-Hitler-Koalition: In Moskau schließen die Alliierten am 12. September 1944 ein Waffenstillstandsabkommen mit Rumänien. Die rumänische Armee beteiligt sich danach mit 12 Divisionen an den Kämpfen gegen die deutsch-ungarischen Truppen (x040/236).

Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichnen am 12. September 1944 in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135).

Das Deutsche Reich soll danach in Besatzungszonen aufgeteilt und vollständig besetzt werden (Ostpreußen gehört bereits zur sowjetischen Besatzungszone). Die Verbündeten können sich verhältnismäßig schnell einigen. Die Ausarbeitung der Kapitulationsurkunde bereitet jedoch große Probleme, so daß sich die Nordamerikaner und Briten monatelang wegen des Textes streiten. Die Sowjets beteiligen sich damals nicht an diesen unsinnigen Streitereien (x052/31).

Polen: Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" erläßt am 12. September 1944 ein Dekret über die Errichtung von Sonderstrafgerichten für die Taten der faschistisch-hitleristischen Verbrecher (x003/10-12): >>... Art. 8. In Angelegenheiten, für die das Sonderstrafgericht zuständig ist, findet keine Untersuchung statt. ...

Art. 10. Der Staatsanwalt kann im Laufe der Voruntersuchung zwecks Sicherstellung die Beschlagnahme eines Teils oder des gesamten Vermögens des Verdächtigen, seines Ehegatten und seiner Kinder verlangen. ...

Art. 12. Die Anklage bedarf keiner Begründung und muß innerhalb von 14 Tagen nach der Ergreifung des Verdächtigen erhoben werden. ...

Art. 14. § 3. Einspruch gegen die Anklageschrift ist nicht zulässig. ...

Art. 18. Die Urteile des Sonderstrafgerichts sind endgültig und rechtskräftig. ...<<

13.09.1944

Ostkrieg: Sowjetische Kampfverbände besetzen am 13. September 1944 die Warschauer Vorstadt Praga.

Danach unternimmt die Rote Armee jedoch nichts mehr, um den polnischen Aufständischen zu helfen. Stalin läßt später sogar alle sowjetischen Flugplätze (östlich von Warschau) für Flugzeuge der westlichen Alliierten sperren (x043/328).

15.09.1944

Anti-Hitler-Koalition: Roosevelt und Churchill unterzeichnen am 15. September 1944 in Quebec den modifizierten (abgewandelten) Morgenthau-Plan.

Führende nordamerikanische Politiker wie Hull und Stimson lehnen den radikalen Morgenthau-Plan jedoch weiterhin massiv ab (x114/1.55).

US-Kriegsminister Henry L. Stimson übergibt dem nordamerikanischen Präsidenten später folgende Denkschrift (x063/598): >>Unvorstellbar sei es, im gegenwärtigen Zustand der Welt ein Gebiet, das der Mittelpunkt eines der am höchsten industrialisierten Kontinente sei, bewohnt von einem Volke voll Energie, Arbeitseifer und Fortschrittlichkeit, in ein "Geisterterritorium" zu verwandeln. ...

Übrigens müßte der Wiederaufbau nach den Verheerungen des Krieges möglichst rasch vor sich gehen, wenn gefährliche Umwälzungen in Europa vermieden werden sollen. Die Deutschen auf einem "Existenzminimum" festzuhalten, am Rande der Armut, bedeute, das deutsche Volk zur Sklaverei zu verurteilen - die Schuld der Nazis würde damit verdunkelt werden und die Quellen vergiftet, aus denen wir Hoffnung auf einen Weltfrieden speisen wollen. ...<<
Cordell Hull (US-Staatssekretär des Äußeren) schreibt damals in einem weiteren Memorandum für Präsident Roosevelt (x063/599): >>... Nur 60 % der Deutschen könnten sich auf dem Lande erhalten, 40 % werden sterben. ...

Seinem Wesen nach war dies ein Plan (Morgenthau-Plan) blinder Rache. Blind, weil er über sah, daß mit dem Schlag gegen Deutschland der gleiche Schlag gegen ganz Europa geführt würde. Indem man die deutsche Industrie zerstöre, zerstöre man zum großen Teil die Wirtschaft Europas, die seit vielen Generationen von den in Deutschland produzierten Rohmaterialien abhängt.<<

Gustav Stolper (1888-1947, österreichischer Nationalökonom und Politiker, emigriert während der NS-Diktatur in die USA) schreibt später über den Morgenthau-Plan (x114/2.100): >>... Was den Morgenthau-Plan zu einem verblüffenden Dokument macht, liegt nicht daran, daß er grausam gegen die Deutschen ist (sie mochten es verdient haben) oder daß er undurchführbar, weil im Widerspruch mit den gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen ist – sondern, daß solch eine Auffassung über die Dynamik des Wirtschaftslebens von einem Mann vertreten werden konnte, der 12 Jahre lang als Staatssekretär der Vereinigten Staaten gedient hatte.

Das dieses freie Land, das in seiner ganzen Geschichte Wunder der Produktion vollbracht hat, um dann im Kriege alle früheren Leistungen in der atemberaubenden Steigerung seiner Produktivität zu übertreffen, von einem seiner obersten Beamten einen "Friedens-Plan" vorgelegt bekommen konnte, der über das zweitgrößte Industriezentrum der Welt eine durchgreifende Zerstörung verhängte – das ist eine intellektuelle Erfahrung, die zu begreifen den künftigen Historikern Mühe machen wird.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (19/1954) berichtet am 5. Mai 1954 über den "Morgenthau-Plan": >>**KEINER WILL ES GEWESEN SEIN**

und kein Staatsmann will heute je den Plan Morgenthaus gebilligt oder gar begünstigt haben, aus Nachkriegs-Deutschland eine Ziegenweide zu machen - auch Winston Churchill nicht, der im September 1944 seinen Namen neben den Roosevelts unter das berüchtigte Geheimdokument von Quebec gesetzt hat.

Die Abmachung von Quebec bezweckte die Ausschaltung und Demontage der deutschen Industrie an Ruhr und Saar und, wie es im Schlußsatz heißt, die "Umwandlung Deutschlands in ein Land von vornehmlich agrarischem oder Weidecharakter". Sir Winston, 79, zeigt im neuesten Bande seiner Kriegsmemoiren, der jetzt in deutscher Übersetzung vorliegt, wie man als Nobelpreis-gekrönter historischer Schriftsteller über unbequeme Tatsachen der Geschichte hinwegspielt und sie retuschiert.

Ein Stab von Mitarbeitern unterstützt den englischen Premier bei der Abfassung seines Me-

moirenwerks. Weder er noch seine Historiker-Adjutanten können die Erinnerungen Cordell Hulls, 82, des ehemaligen amerikanischen Außenministers, übersehen haben, in denen die präzise Aussage Morgenthau vermerkt ist, Churchill selbst habe das Ziegenland-Dokument von Quebec diktiert. Nichts davon steht im Churchill-Buch "Dem Sieg entgegen". Hier die beiden Lesarten über die Vereinbarungen der Konferenz in Quebec:

Churchill: ... Bei meiner Ankunft in Quebec war ich überrascht gewesen, als ich den amerikanischen Schatzkanzler Morgenthau unter den Begleitern des Präsidenten antraf, obwohl weder der Staatssekretär (Hull) noch (Berater) Harry Hopkins anwesend waren. Doch war mir das nur angenehm, da uns daran lag, für die Zeit nach der Besetzung Deutschlands bis zur Bezwungung Japans Finanzarrangements zwischen den beiden Ländern zu besprechen.

Dem Präsidenten und seinem Staatssekretär ging es jedoch weit mehr um die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege. Sie vertraten ihren Standpunkt, daß das militärische Potential auf dem Industriepotential beruhe, mit großer Entschiedenheit. Beide behaupteten sie, ein Land von der Größe Deutschlands, das seinen Lebensmittelbedarf in jeder Hinsicht selbst decken könne, benötige keine derart große Industrieproduktion. Das Vereinigte Königreich habe so viele seiner Auslandsinvestitionen verloren, daß es in künftigen Friedenszeiten nur lebensfähig sei, wenn es seinen Export ganz bedeutend steigern, weshalb wir aus wirtschaftlichen Gründen ebenso sehr wie aus militärischen die deutsche Industrie drosseln und die dortige landwirtschaftliche Erzeugung fördern müßten.

Anfänglich opponierte ich heftig gegen diesen Gedanken. Aber der Präsident und Morgenthau - von dem wir soviel verlangen mußten - drängten so hartnäckig, daß wir am Ende einwilligten, den Plan zu prüfen. Ich hatte keine Zeit, mich mit dem sogenannten Morgenthau-Plan eingehend zu befassen; er scheint jedoch obige Gedanken bis in ihre letzte überspitzte Konsequenz getrieben zu haben. Am Ende aber konnte sich, mit meinem unbedingten Beifall, der Gedanke nicht durchsetzen, Deutschland zu einem Land der Schäfer und Hirten zu machen.

Hull: ... Ich hielt in meinem Büro am 20. September (1944) eine Sitzung des Kabinetts-Ausschusses ab. Ich bemühte mich nicht, meine Bestürzung darüber zu verbergen, worüber sich der Präsident und Mr. Churchill auf Drängen Morgenthaus geeinigt hatten.

Morgenthau sagte, er möchte nicht, daß man denke, er habe die Sache selbst eingefädelt. Er bot dann eine lange Erklärung dessen, was sich in Quebec abgespielt hatte. Er sagte, Mr. Churchill habe sich zuerst der Morgenthau-Politik für Deutschland heftig widersetzt, und er habe dann die Angelegenheit mit Lord Cherwell, dem persönlichen Assistenten des Premierministers, besprochen. Cherwell erörterte es mit Churchill und gewann ihn.

Der Vorschlag gefiel dem Premierminister deswegen, weil England auf diese Weise viele von Deutschlands Stahl- und Eisenmärkten übernehmen und einen gefährlichen Konkurrenten aus dem Wege schaffen würde. Morgenthau sagte, er habe dann mehrere Versuche unternommen, die Vereinbarung zu Papier zu bringen, doch habe keine dem Premierminister gefallen, der daraufhin seinen Sekretär herbeirief und ihm das diktierte, worauf wir uns seiner Ansicht nach geeinigt hatten.

Das war das Dokument, das vom Präsidenten und Premierminister paraphiert und mir am 15. September zugeschickt wurde. Morgenthau sagte, es sei in seiner Gänze von Mr. Churchill aufgesetzt worden. Stimson fragte Morgenthau klipp und klar, ob irgendein Zusammenhang zwischen Churchills Billigung dieser Politik und seinem Eifer bestehe, die Kredite zu bekommen, die Morgenthau ihm anbot. Morgenthau antwortete: "Nein", aber er sagte, die Kredite seien klarerweise des Premierministers wichtigstes nichtmilitärisches Ziel in Quebec gewesen.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (51/1967) berichtet am 11. Dezember 1967 über den "Morgenthau-Plan": >>MORGENTHAU-Plan der Rache

Die Herren des Reichspropagandaministeriums hatten einen großen Tag. Ihre Orders an Pres-

se- und Funkredaktionen sicherten, daß die kriegsmüden Deutschen aus jedem Lautsprecher, aus jeder Zeitungsspalte die beklemmende Nachricht erfuhren: In Washington habe man Deutschlands Tod beschlossen.

"Roosevelt und Churchill machten sich Judas Mordplan zu eigen", krakeelte der "Völkische Beobachter" am 26. September 1944, und später setzte er nicht ohne heimliches Vergnügen hinzu: "Wir verzeichnen diese Ausgeburten haßbenebelter Gehirne, weil das deutsche Volk wissen muß, wes Geistes Kind seine Feinde sind."

Fast zur gleichen Zeit aber schrieb Amerikas Kriegsminister Henry L. Stimson in sein Tagebuch: "Ich fürchte sehr, daß es auf unserer Seite zu einer Massenvergeltung kommen wird. Das muß unweigerlich eine äußerst gefährliche Reaktion in Deutschland auslösen und wahrscheinlich einen neuen Krieg."

Die versteckte Genugtuung der NS-Führer und die Besorgnis des US-Liberalen galten einem Deutschland-Plan des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau, der Amerikas Präsidenten Franklin D. Roosevelt und Englands Premier Winston Churchill bewogen hatte, dem zuzustimmen, was er die "harte Behandlung der Deutschen" nannte.

Um Deutschland die Entfesselung eines neuen Krieges (Morgenthau: "Diese Teufel sind ja so schlau") unmöglich zu machen, wollte der Finanzminister

- die gesamte deutsche Industrie zerstören und Deutschland in eine Agrargesellschaft verwandeln;

- das Reich in zwei separate Staaten spalten, außerdem das Saargebiet, Teile des Rheinlands und Norddeutschlands, Ostpreußen und Oberschlesien von Deutschland abtrennen und

- einige Millionen Deutsche als Zwangsarbeiter nach Afrika umsiedeln.

Dieser "Plan blinder Rache", wie der US-Außenminister Cordell Hull das Morgenthau-Projekt nannte, bestimmte für eine kurze, aber entscheidende Zeit die Deutschland-Politik der Vereinigten Staaten. Er trug nach dem Urteil des US-Historikers John L. Snell dazu bei, "die deutschen Kriegsanstrengungen zu stärken und ... den deutschen Widerstand gegen die Alliierten anzufeuern" (Andreas Hillgruber: "Probleme des Zweiten Weltkrieges". Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin, 1967 ...).

Die Erinnerung an den Morgenthau-Plan hat sich in die Gefühlswelt deutschen Selbstmitleids so tief eingegraben, daß noch heute viele Deutsche glauben, den Präsidenten Roosevelt habe ein Kreis meist jüdischer Deutschenfeinde umgeben, die aus "alttestamentarischem Haß" ("Industriekurier") Amerika die Vernichtung Deutschlands suggerierten.

Noch immer hängen manche Deutsche der NS-These vom jüdischen Weltverschwörer Morgenthau an. Ihn darf die rechtsradikale "Deutsche National-Zeitung" unwidersprochen "einen der größten Verbrecher der Menschheitsgeschichte" nennen, und selbst Publizisten wie Max Walter Clauss wittern im Morgenthau-Plan einen Versuch, "die alliierte Kriegführung in den Dienst der jüdischen Weltvergeltung zu stellen" ("Der Weg nach Jalta", 1952).

Das allzu populäre Morgenthau-Bild wird jetzt im SPIEGEL ein amerikanischer Historiker korrigieren, der die Intentionen Morgenthaus aus erster Quelle kennt. John Morton Blum, 46. Professor für Geschichte an der Yale-Universität, Linksdemokrat und im Zweiten Weltkrieg Marineoffizier, hat die Geschichte des Morgenthau-Plans dargestellt, wie sie noch nie dargestellt worden ist: im Spiegelbild von Morgenthaus Tagebüchern.

Anfang der fünfziger Jahre war Blum von dem alternden Exminister gefragt worden, ob er Lust habe, Morgenthaus Tagebücher zu bearbeiten und herauszugeben. Blum akzeptierte und erhielt Zugang zu den 800 Tagebüchern, die Morgenthau von seiner Ernennung zum Finanzminister im Jahr 1934 bis zur Verabschiedung im Sommer 1945 geführt hatte.

Mit pedantischer Genauigkeit war vom Minister alles notiert worden: Unterredungen mit dem Präsidenten, Gespräche mit Ministern und Untergebenen, Kernsätze aus Akten und Notizen. Blum: "Die Tagebücher liefern einen von Minute zu Minute reichenden Bericht über Mor-

genthau Amtszeit."

Außer 80.000 Tagebuchseiten las Blum die Geheimakten des Finanzministeriums, die Sitzungsprotokolle alliierter Konferenzen und die persönlichen Aufzeichnungen prominenter Freunde und Gegner des Ministers. Als er seine Arbeit abschloß, meinte der Professor, er habe "mindestens eine Million Seiten durchgesehen".

1959 veröffentlichte Blum den ersten Band seines dreiteiligen Werkes "From the Morgenthau Diaries" (aus den Morgenthau-Tagebüchern), 1965 folgte ein zweites Buch. im Februar 1968 wird im Düsseldorfer Droste-Verlag der letzte und für deutsche Leser besonders aufschlußreiche Band erscheinen: die Geschichte des Morgenthau-Plans.

Freilich bleibt auch in der verständnisvollen Darstellung Blums der Morgenthau-Plan eines der niederdrückendsten Dokumente politischer Wahnideen. Gleichwohl differenziert Blum an einer entscheidenden Stelle: Der Plan ging weniger auf das Wirken allmächtiger Deutschenfeinde in Amerika zurück als auf den lässigen Regierungsstil Roosevelts und die Kompetenzkabaln Washingtoner Bürokraten.

Professor Blum demoliert mithin die deutsche Lieblingsvorstellung, im Weißen Haus habe ein Präsident residiert, der mit seinen deutschfeindlichen Beratern unentwegt bestrebt war, das Deutsche Reich von der politischen Landkarte zu tilgen. Tatsache ist, daß Deutschland in Roosevelts Weltbild keinen zentralen Platz einnahm.

Die Roosevelt-Biographen hatten stets Mühe, Beziehungen des Präsidenten zu den Deutschen nachzuweisen. Solche Bemühungen förderten kaum mehr zutage als die Geschichte von der Radtour des Schülers Franklin am Rhein, auf der er an einem Tag viermal von deutschen Gendarmen arretiert wurde wegen Bagatell-Vergehen: Überfahren einer Gans, unerlaubtes Pflücken von Kirschen, Abstellen eines Fahrrads auf einem Bahnhof, nächtliche Fahrt ohne Beleuchtung.

"Diese Vorkommnisse", währte Biograph John Gunther, "vermittelten Roosevelt tiefe Einblicke in den deutschen Charakter, die er nicht vergessen sollte." Immerhin lernte Jung-Franklin an der Bad Nauheimer Volksschule, die er 1891 besuchte, solange sein Vater zur Kur in Deutschland blieb, genügend Deutsch, um später am Radio Hitler-Reden in der Originalsprache verfolgen zu können.

Zuweilen brüstete sich der Spötter Roosevelt in Anwesenheit des steifen Außenministers Hull, er verstehe von Deutschland mehr als alle seine Mitarbeiter. Widersprach ihm aber ein Experte, dann gab Roosevelt entwaffnend zu, natürlich kenne er Deutschland nicht gut, denn es sei schon lange Zeit her, daß er das Land gesehen habe.

Die Bemerkung verriet etwas von der Nonchalance, mit der Franklin Roosevelt das Deutschland-Problem im Krieg behandelte. Er konnte wütend ausrufen, man müsse alle Deutschen kastrieren, und kurz "darauf Diplomaten warnen, Amerika dürfe nicht den "Fehler von Versailles" wiederholen und etwa eine Spaltung Deutschlands betreiben.

Diese Lässigkeit wurde immer bedenklicher, je mehr sich die Niederlage Deutschlands abzeichnete. Schon im März 1943 hatte Englands Außenminister Anthony Eden bei einem Besuch in Washington die Frage aufgeworfen, "what to do with Germany" -- der Präsident wußte keine konkrete Antwort.

Als schließlich das Gerücht umging, Sowjetrußland baue sich mit dem "Nationalkomitee Freies Deutschland" kriegsgefangener deutscher Soldaten und Offiziere eine eigene Armee und Regierung für das Nach-Hitler-Deutschland auf, entwarfen auch amerikanische Behörden Pläne für die deutsche Zukunft.

Im State Department trat eine Studiengruppe zusammen, die vorschlug, Amerika müsse versuchen, noch vor Beendigung der Kampfhandlungen Abkommen mit England und der Sowjet-Union über die gemeinsame Verwaltung eines einheitlichen Deutschlands abzuschließen.

Die NS-Kriegsverbrecher sollten bestraft, der wirtschaftliche Einfluß Deutschlands in Europa

zurückgedämmt, eine deutsche Wiederbewaffnung verboten, zugleich aber demokratische Einrichtungen geschaffen und die Struktur des deutschen Einheitsstaates erhalten werden.

Außenminister Hull billigte das maßvolle Programm, sein Stellvertreter und Rivale Sumner Welles aber verschärfte es. Er forderte die Spaltung Deutschlands in drei Staaten.

Roosevelt schloß sich trotz anfänglicher Bedenken dem Teilungsplan an und befahl dem Außenminister Hull, auf der Moskauer Konferenz der alliierten Außenminister im Oktober 1943 die deutsche Spaltung zu empfehlen. Hull wußte jedoch in Moskau die Politik des State Department durchzusetzen, ohne mit den Anweisungen seines Präsidenten in Konflikt zu geraten.

Die Außenminister der Großen Drei beschlossen, in London eine Europäische Beratende Kommission (European Advisory Commission, abgekürzt EAC) zu bilden, in der britische, sowjetische und amerikanische Diplomaten mehrere Abkommen über die gemeinsame Verwaltung Deutschlands ausarbeiten sollten. Da aber Briten und Sowjets in der Frage einer deutschen Spaltung genauso skeptisch waren wie Hull, wurde dieses Problem nur "studienhalber" der EAC überwiesen.

Im Januar 1944 erhielt US-Botschafter John Winant, Amerikas Vertreter in der EAC, von Hull die Weisung, mit seinen Partnern den Mechanismus eines Alliierten Kontrollrats auszuarbeiten, der von Berlin aus alle Besatzungszonen einheitlich regieren sollte. Da rebellierten die amerikanischen Militärs gegen das State Department.

Auch das Kriegsministerium und sein Satellit, das Marineministerium, hatten inzwischen Deutschland-Pläne formuliert. Die beiden Militär-Ministerien stellten sich freilich die Besetzung Deutschlands anders vor als das State Department: Sie wollten in Deutschland nur eine kurze, wenn auch äußerst harte Strafexpedition gegen Nazis und deren Mitläufer führen; nach acht Wochen sollte sich jedoch die Besatzungsarmee aus ihrer politischen Rolle zurückziehen und die Macht an einen zivilen US-Hochkommissar abtreten

Am ärgsten gerieten Diplomaten und Militärs bei der Formulierung der Vollmachten für den projektierten Militärgouverneur aneinander:

Das Kriegsministerium glaubte nicht an eine Zusammenarbeit mit den Sowjets und wollte daher dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungszone nahezu unumschränkte Vollmachten einräumen, das Außenministerium hingegen hoffte auf die Kooperation mit Moskau und war deshalb geneigt, den Militärgouverneur jeder Besatzungszone dem Alliierten Kontrollrat zu unterordnen.

Außenamt und Militär-Ministerien befehdeten einander so hartnäckig, daß sie einen gemeinsamen Ausschuß, das Working Security Committee (Arbeitsausschuß für Sicherheit, abgekürzt WSC), bilden mußten, um wenigstens nach außen eine gemeinsame Sprache zu finden. Praktisch aber blockierte das WSC die amerikanische Deutschland-Politik.

Das State Department verlor nicht nur die federführende Rolle in Deutschland-Fragen, die Vertreter der Kriegs- und Marineministerien konnten auch die Politik des Botschafters Winant in der EAC sabotieren, weil jeder Schritt Winants, jede Instruktion an den Botschafter zuvor von den Kriegs- und Marineministerien genehmigt werden mußte.

Die Kompetenzschlachten in Washington irritierten auch den Mann, der die Verantwortung in der künftigen US-Besatzungszone übernehmen sollte. Seit Wochen wartete General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Westeuropa, auf Instruktionen über das Verhalten im besetzten Deutschland.

Als die Instruktionen ausblieben, ließ Eisenhower ohne Rückfrage in Washington eigene Anweisungen formulieren. Sein Planungsstab arbeitete im Sommer 1944 ein "Handbuch für die Militärregierung in Deutschland" aus, das Besatzungsoffizieren als politischer Leitfaden dienen sollte.

Eisenhower nahm an, Amerika wolle in Deutschland eine maßvolle Politik einschlagen, und

entsprechend schrieben die Verfasser des "Handbuches" ihre Art von Deutschland-Politik nieder: Unterscheidung zwischen Nazis und anderen Deutschen, Erhaltung des deutschen Einheitsstaates, wirtschaftliche Selbstversorgung Deutschlands, begrenzter Wiederaufbau.

Kaum aber hatte der General diesen dritten Deutschland-Plan der USA abgezeichnet und zur Genehmigung nach Washington geschickt, da tauchte in seinem Hauptquartier ein amerikanischer Politiker auf, der in allen bisherigen Deutschland-Projekten Verrat und Weichheit witterte. Finanzminister Henry Morgenthau, im August 1944 zu finanzpolitischen Verhandlungen nach England gereist, wollte die Deutschland-Politik entscheidend abändern.

Auf dem Flug nach England hatte er zum erstenmal von dem Deutschland-Plan des State Department gehört, und in Eisenhowers Hauptquartier spielte ihm Oberst Bernard Bernstein, ein ehemaliger Vertrauter Morgenthaus, das Handbuch zu.

Was Morgenthau da las, bestätigte ihm nur das alte Mißtrauen, wieder würden "diese Bestien", wie er zuweilen die Deutschen nannte, in Amerika mitleidige Freunde finden, die es ihnen unbewußt und ungewollt ermöglichen könnten, schon in kurzer Zeit die Welt in einen dritten Krieg zu stürzen. Mit den Deutschen mußte man anders umgehen: ohne Zerstörung der Industrie kein dauerhafter Friede, ohne Spaltung Deutschlands keine Sicherheit vor den Teutonen, ohne Schwächung des deutschen Volkes keine europäische Harmonie.

Henry Morgenthau machte sich daran, den Präsidenten für diese Konzeption zu gewinnen. Nach Washington zurückgekehrt, hielt er Roosevelt vor, dessen Minister und Botschafter ignorierten die Wünsche des Präsidenten.

Der Vorstoß des Finanzministers hatte im Weißen Haus Erfolg, weil Roosevelt seit Jahren gewohnt war auf die Ratschläge von "Henny-Penny" zu hören. Keiner seiner Minister stand dem Präsidenten näher als der Freund und Gentleman-Farmer Morgenthau, dessen Obstgut am Hudson River bei New York Roosevelts Landsitz Hyde Park benachbart war.

"Wir sind zwei von der gleichen Sorte", schrieb der Präsident auf ein Bild, das er Morgenthaus Ehefrau schenkte. Seit Roosevelts Eintritt in die Politik hatte ihm der "nette Kerl" zur Seite gestanden, zunächst als Organisator der Roosevelt-Anhänger im Landkreis Dutchess, dann als Agrar-Programmatiker des New Yorker Gouverneurs Roosevelt, schließlich als Finanzminister des Präsidenten.

Auch in Deutschland-Fragen vertraute Roosevelt dem Rat des Nachbarn, weil er ihn für eine Art Experten hielt. Die Morgenthaus stammten aus Deutschland, Großvater Lazarus hatte in Mannheim Zigarren verkauft, ehe er 1866 nach Amerika auswanderte, Vater Henry noch als Grundstücksspekulant und US-Botschafter in Konstantinopel Mannheimer Stadtstiche aufgehängt.

Derlei romantische Arabesken verschleierte die Abneigung, mit der die Morgenthau der alten Heimat begegneten. Schon der Botschafter Morgenthau verabscheute die Deutschen und ließ sich von der alliierten Propaganda willig einspannen: Selbst nach 1918 hielt er sich für einen Kronzeugen der vermeintlichen Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg.

Die Deutschfeindlichkeit des Sohnes Henry stammte denn auch aus den Konstantinopler Tagen, da er bei seinem Vater als Privatsekretär diente und vertrauliche Kurierdienste zu Englands Außenminister Sir Edward Grey besorgte. Leidenschaftlich teilte er die Absicht seines Vaters, an Stelle des abwesenden Briten-Botschafters die Stellung Englands in Konstantinopel gegen die deutschen Hunnen zu verteidigen.

Damals hatte Jung-Henry ein unvergeßliches Erlebnis. "Ich erinnere mich immer eines Weihnachtsabends an den Dardanellen", erzählt er. "Da saß ein deutscher Offizier und schwang Reden; er konnte nicht wissen, daß ich Deutsch verstand. Ich hörte, wie er die Amerikaner in übelsten Ausdrücken beschimpfte. Das machte großen Eindruck auf mich." Je mehr aber die Gewaltpolitik Hitlers die düsteren Prophezeiungen extremer Deutschenfeinde wahr machte, desto eifernder forderte Morgenthau, der deutschen Gefahr mit Brachialmitteln ein Ende zu

bereiten. Ende 1943 erreichten Morgenthau die ersten sicheren Nachrichten über die Ausrottung des europäischen Judentums. Von nun an stand sein Entschluß fest: den traditionellen deutschen Staat zu beseitigen.

Roosevelt billigte die Vorstellungen Morgenthau und ermunterte ihn, einen Plan über die Behandlung Deutschlands auszuarbeiten. Mochten auch die Deutschland-Experten des Außen- und des Kriegsministeriums vor Radikalmitteln warnen -- Morgenthau war nicht mehr zu stoppen. Die Geschichte des Morgenthau-Plans hatte begonnen.<<

Der nordamerikanische Historiker John Morton Blum (1921-2011) berichtet am 11. Dezember 1967 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (51/1967) über den "Morgenthau-Plan": >>"Diese Deutschen sind ja solche Teufel"

Amerikas Finanzminister Henry Morgenthau mißtraute den Deutschen seit der Zeit des Ersten Weltkriegs, den er auf deutsche Aggressivität zurückführte. Er verabscheute die deutschen Sitten und haßte die preußische Autokratie ebenso, wie er die französische Zivilisation bewunderte und die britische Demokratie pries.

Der Machtantritt Hitlers und des Nationalsozialismus hatte diese Haltung noch verstärkt; die Politik der Nationalsozialisten war Morgenthau zuwider wie jedem zivilisierten Menschen. Schon vor der Münchner Konferenz im Jahr 1938 sah er in der Beseitigung des Nationalsozialismus eine Voraussetzung, ohne die eine friedliche und demokratische Welt nicht denkbar war.

Diese Überzeugung wurde in ihm 1943 noch stärker, als er sich zum erstenmal mit dem Schicksal der europäischen Juden gründlich beschäftigte. Als Jude hatte Morgenthau natürlich die nationalsozialistische Rassenlehre abgelehnt, aber das Entsetzen packte ihn erst in dem Augenblick, als er die ganze Ungeheuerlichkeit nationalsozialistischer Grausamkeiten begriff. Just in jener Zeit, im Dezember 1943, ermunterte er alles, was ihm -- wie er seinen Mitarbeitern erklärte -- als "Trend zu einer aggressiveren Haltung gegenüber unseren Feinden" erschien.

Morgenthau hatte schon früher gefordert, die deutsche Industrie müsse vernichtet, die Macht der deutschen Kartelle im internationalen Handel beseitigt und der deutschen Nation jede Möglichkeit genommen werden, einen neuen Krieg zu beginnen. Denn er glaubte, die Deutschen würden selbst in der Niederlage noch von der Weltherrschaft träumen.

"Die deutsche Kriegsmaschine will weiterleben", erklärte Morgenthau im Juni 1944. "Die Pläne dafür sind bereits seit langem ausgearbeitet. Wir müssen damit rechnen, daß die Deutschen die Auslieferung Hitlers und der Nazibande anbieten könnten, um uns zu verlocken, ihnen bessere Waffenstillstandsbedingungen zu gewähren. Wir lassen uns aber nicht bestechen. Wir bestehen auf einer bedingungslosen Kapitulation Deutschlands."

Die Alliierten, so meinte Morgenthau, sollten sich auch nicht damit begnügen, Hitler und seine Helfershelfer zu verhaften oder hinzurichten, die von den Deutschen besetzten Länder zu befreien und Deutschland zu besetzen. Ein dauerhafter Friede erfordere auch die Umerziehung des deutschen Volkes zu demokratischem Denken und die Beseitigung der für einen Krieg notwendigen Industriekapazität in Deutschland. Nur so würden Europa und die Welt Sicherheit finden.

Da erfuhr der Finanzminister, in Washington und London würden Pläne entworfen, die in der Optik Morgenthau die Gefahr in sich bargen, Deutschland werde wiedererstehen. Besonders irritierte ihn ein Memorandum des US-Außenministeriums über die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands nach dem Krieg. Und damit beginnt die eigentliche Geschichte des Morgenthau-Plans, genau: am 6. August 1944, als der amerikanische Finanzminister nach Westeuropa reiste.

"Als wir über den Atlantik flogen", notierte sich Morgenthau in seinem Tagebuch, "holte einer meiner Mitarbeiter aus seiner Aktentasche ein Exemplar der Denkschrift des Außenministeri-

ums. Ich lehnte mich zurück und las es, zuerst mit Interesse, dann kamen mir Zweifel, und schließlich lehnte ich es entschieden ab."

In England erfuhr Morgenthau von Oberst Bernard Bernstein, einem früheren Beamten des Finanzministeriums, der nun in der Politischen Abteilung des alliierten Hauptquartiers saß, es seien inzwischen Direktiven für die Besetzung Deutschlands ausgearbeitet worden. Harry Dexter White, Unterstaatssekretär im Finanzministerium, erinnerte sich später: "Nach Meinung des Ministers spiegelten sie die Entscheidungen einer falschen Politik wider."

Morgenthau stieß nicht nur auf das Memorandum des Außenministeriums über die Wirtschaftspolitik, er entdeckte auch ein "Handbuch für die Militärregierung in Deutschland" und die politischen Schriftstücke der Europäischen Beratenden Kommission (European Advisory Commission, abgekürzt EAC), eines Gremiums britischer, amerikanischer und sowjetischer Diplomaten in London, die über das Nachkriegs-Deutschland beraten sollten. Gegen all diese Deutschland-Pläne hatte Morgenthau starke Einwände.

In London erörterte er mit dem Oberbefehlshaber der Alliierten, General Dwight D. Eisenhower, die Frage, "wie er Deutschland behandeln wolle, wenn er zuerst einmarschierte. Er (Eisenhower) erklärte eindeutig, daß er sie nicht schonen würde. Er war durchaus gewillt, sie in ihrem eigenen Saft schmoren zu lassen" -- so Morgenthau.

Eisenhower betonte: "Ich möchte sagen, daß ich an der deutschen Wirtschaft nicht interessiert bin. Persönlich möchte ich sie nicht unterstützen, wenn den Deutschen dadurch das Leben erleichtert wird."

Einen Versöhnungsfrieden mit den Deutschen, so meinte Eisenhower, fordere nur, wer Deutschland "zu einem Bollwerk gegen Rußland" machen wolle. Die sowjetische Stärke sei zwar "phantastisch", aber die Russen würden noch einige Generationen lang verdauen müssen, was sie bereits geschluckt hätten. "Ich habe Eisenhower nie in so guter Form gesehen", schrieb sich Morgenthau auf.

In London fragte Morgenthau "den Angestellten im Hotel, der mich betreute: "Wie denken Sie über die Deutschen?" Er antwortete: "Wir möchten sie ausrotten, aber die Hochfinanz ist dagegen!" Und über Winston Churchill notierte er: "Ich bekam den Eindruck, daß er für eine strenge Behandlung der Deutschen eintrat."

Tatsächlich waren die Engländer in ihrer Meinung über Deutschland "in zwei große Lager gespalten", schrieb Morgenthau in sein Tagebuch: "Sir John Anderson, der fähige konservative Schatzkanzler, unterstützte die Ansicht, man solle die Deutschen weiterhin Waren produzieren lassen, die nichtmilitärischen Zwecken dienen. Vielen englischen Tones schwebt ein starkes Nachkriegs-Deutschland vor, zum Teil als potentieller Markt und zum Teil als Gegengewicht gegen Rußland."

Hingegen erklärte Außenminister Anthony Eden bei einem "köstlichen Mittagessen, eine weiche Politik würde bei den Russen nur Mißtrauen hervorrufen und die Zusammenarbeit zwischen den drei Mächten nach dem Krieg noch mehr erschweren".

Am 12. August 1944 lud Morgenthau den US-Botschafter in London, John Winant, und dessen Deutschland-Berater zum Mittagessen in ein Landhaus in Wiltshire ein, wo der Minister Quartier bezogen hatte.

Nach dem Essen wurden die Deutschland-Pläne, wie Winant-Berater E. F. Penrose berichtet, "bei strahlender Augustsonne auf der großen Rasenfläche, die das Haus umgab, diskutiert. Als wir uns träge auf dem Gras niedergelassen hatten, legte Morgenthau in kurzen einfachen Sätzen seine Ansichten dar".

Harry White ergänzte dann noch Morgenthaus Erklärung, und ihm gelang es beinahe, "einer schlechten These einen intellektuellen Anstrich zu geben" (Penrose).

Morgenthau und White argumentierten: Deutschland dürfe nie wieder in der Lage sein, Krieg zu führen; wolle man den Frieden erhalten, dann müsse man Deutschland zu einer fünftrangi-

gen Macht degradieren.

Winant-Stellvertreter Philip Mosely aber verwahrte sich heftig gegen diese Analyse und erklärte, jeder Versuch einer "Zerschlagung" der deutschen Wirtschaft würde die Deutschen in die Arme Rußlands treiben, was wiederum Europa der sowjetischen Macht ausliefern werde.

Vor seiner Abreise aus England traf Morgenthau noch einmal mit Anthony Eden zusammen. Morgenthau notierte, der britische Außenminister habe "äußerst verwundert" ausgerufen, die Frage der Behandlung Deutschlands sei doch bereits auf der alliierten Konferenz in Teheran Ende 1943 "geregelt worden. Um seinen Standpunkt zu belegen, ließ er die Sitzungsprotokolle der Teheraner Konferenz holen".

Morgenthau erfuhr, "daß die drei Großmächte der EAC bereits ausdrücklich Anweisung gegeben hatten, die Frage der Teilung Deutschlands zu untersuchen. Stalin wollte Vorsorge treffen, daß Deutschland nie wieder den Frieden Europas stören dürfe, und setzte sich entschieden für eine Zerstückelung Deutschlands ein. Roosevelt unterstützte ihn von ganzem Herzen, und Churchill stimmte widerwillig zu, die EAC möge den Vorschlag prüfen".

Morgenthau erinnert sich: "Eden und ich waren erstaunt, daß die EAC unbekümmert ihre Pläne auf die Einheit Deutschlands statt auf seine Zerstückelung abstellte. Winant war in Teheran gewesen. Da er jedoch vom Außenministerium nicht angewiesen worden war, seine Arbeit nach den Grundsätzen von Teheran auszurichten, dachte er, das State Department wisse vielleicht nichts von dem Beschluß der drei Großmächte und es sei nicht seine Aufgabe, die Vorgesetzten darüber zu informieren."

Als Morgenthau nach Washington zurückgekehrt war, suchte er gleich am frühen Morgen des 18. August US-Außenminister Cordell Hull auf. Morgenthau berichtet: "Ich erzählte ihm, daß ich weitgehend die Meinungen über Deutschland sondiert hätte. In meinen Gesprächen mit Winant und seinen Leuten hätte ich den Eindruck gewonnen, man würde Deutschland so behandeln, daß sie (die Deutschen) nach einigen Jahren mit dem Wiederaufbau fertig wären, Reparationen zahlen und dann nach zehn Jahren einen dritten Krieg führen könnten."

Morgenthau: "Der Kern dieser Sache ist, daß im vergangenen November in Teheran eine Konferenz stattgefunden hat, auf der Roosevelt, Churchill und Stalin die Zerstückelung Deutschlands beschlossen haben. Und nun machen sich alle diese Leute an die Arbeit und schreiben Memoranden ohne Berücksichtigung dieser Beschlüsse.

"Ich fragte Hull: "Welchen Standpunkt vertreten Sie hierbei?" Und er erwiderte: "Wissen Sie, warum ich mich so gut mit den Russen verstand, als ich (im Oktober 1943) in Moskau war? Ich sagte ihnen nämlich, ich würde gegen Hitler und seine Bande ein Gerichtsverfahren unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchführen, sie alle erschießen lassen und das erst nach einigen Tagen der Weltöffentlichkeit bekanntgeben.

"Aus meiner Unterhaltung mit Hull gewann ich die Überzeugung, er werde sich dieser Sache ganz verschreiben, wenn er eine Direktive über die Zerstückelung Deutschlands erhalten würde. Wir werden sehen, was geschehen wird, wenn ich den Präsidenten aufsuche."

Am 19. August 1944 sprach Morgenthau mit Franklin Delano Roosevelt. Der Minister erklärte ihm: "Niemand hat sich mit der Frage beschäftigt, wie Deutschland nach den von Ihnen gewünschten Richtlinien streng behandelt werden soll."

Darauf der Präsident: "Wir müssen mit Deutschland hart umgehen, und ich meine dabei das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Wir müssen entweder das deutsche Volk kastrieren oder man muß die Deutschen so behandeln, daß sie nicht einfach weiterhin Menschen zeugen können, die im alten Geist fortfahren wollen."

Morgenthau erwiderte: "Herr Präsident, niemand betrachtet die Frage unter diesem Gesichtspunkt. In England will man, daß Deutschland wiederaufgebaut wird, damit es Reparationen bezahlen kann."

Roosevelt: "Wozu wollen sie Reparationen?" Obwohl Morgenthau nicht antwortete, war er

gegen Reparationen.

Präsident Roosevelt, so hielt der Minister fest, "ließ bei mir keinerlei Zweifel darüber aufkommen, daß er persönlich für eine harte Behandlung der Deutschen ist. Er sagte: "Sie sind mit uns auch hart umgegangen".

Morgenthau war überzeugt, der Präsident teile seine Ansichten. So bestimmte Morgenthau alsbald, Unterstaatssekretär Harry White und die beiden Beamten John Pehle und Ansel Luxford sollten ein Sonderkomitee bilden mit dem Auftrag, "das Deutschland-Problem nach den Vorstellungen des Finanzministeriums zu analysieren".

Der Ausschuß formulierte sofort nach den strengen Weisungen des Ministers einen Entwurf, aus dem der Morgenthau-Plan entstand.

Die Mitglieder des Ausschusses befolgten die Anweisungen des Ministers, obwohl sie oft anderer Meinung waren als Morgenthau. Getreu der Tradition ministerieller Bürokratie trat das Komitee gegenüber anderen Behörden in Washington als eine geschlossene Front auf.

Um die Thesen des Ministers zu stützen, sammelten seine Mitarbeiter fleißig Material. Die Arbeiten des Professors (und späteren US-Hochkommissars in Bonn) James B. Conant, Präsident der Harvard-Universität und wissenschaftlicher Chefberater Roosevelts, und verschiedene Briefe des Präsidenten -- Ratgebers Bernard M. Baruch trugen dazu bei, die Argumente des Finanzministeriums zu untermauern.

General Hilldring, Abteilungsleiter im Kriegsministerium, erklärte Harry White, es müsse vor allem gewährleistet werden, daß die Vereinigten Staaten nichts unternehmen, was den Deutschen erlaube, wieder Krieg zu führen.

Auch der britische Nationalökonom John Maynard Keynes stimmte, wie White an Morgenthau meldete, "unserer Ansicht zu, daß es wünschenswert sei, Deutschland zu zerstückeln; Reparationsleistungen seien verhältnismäßig unwichtig. Kurzum, Keynes scheint voll und ganz auf unserer Seite zu sein

Andere Politiker jedoch stellten sich gegen Morgenthau. Am 23. August erschienen bei ihm Kriegsminister Henry Stimson und sein Stellvertreter, der Unterstaatssekretär (und spätere US-Hochkommissar in Bonn) John J. McCloy. In sein Tagebuch schrieb Morgenthau:

"Stimson wollte mich unbedingt sprechen. Er denkt an einen langen Waffenstillstand oder an einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren; in dieser Zeit soll Deutschland unter Gewalt gehalten werden und die jetzige Generation unter Kontrolle bleiben, bis eine neue Generation heranwächst. Offenbar war er auch stark an einem Vorschlag des französischen Politikers Jean Monnet interessiert, das Saargebiet zu internationalisieren; den Deutschen soll gestattet werden, dort zu arbeiten, aber sie dürfen keine Betriebe leiten.

"Da sagte ich: "Wenn Sie die heutigen Kinder von SS-Soldaten erziehen lassen, die vom Nationalsozialismus durchdrungen sind -- züchten Sie dann nicht schon wieder eine neue Generation Deutscher heran, die Krieg führen wollen? Meinen Sie nicht auch, wir sollten uns an Hitler ein Beispiel nehmen und diese Kinder ihren Eltern völlig entziehen und sie unter die Vormundschaft des Staates stellen, die Leitung der Schulen ehemaligen US-, britischen und sowjetischen Offizieren übertragen und diese Kinder den wahren Geist der Demokratie lernen lassen?"

"Ich trug ihm auch meine Ansicht vor, daß die Möglichkeit bestünde, die gesamte Industrie in Deutschland zu beseitigen und die Deutschen einfach auf den Stand einer Agrarbevölkerung mit kleinem Landbesitz zurückzusetzen. Er sagte, man könne einen großen Teil der Menschen aus Deutschland aussiedeln. Daraufhin ich: "Das ist noch längst nicht so schlimm, als wenn man sie in die Gaskammern schicken würde."

Morgenthau ahnte nicht einen Augenblick, wie stark Stimson seine Pläne bekämpfte; auch zwei hohe Beamte des Finanzministeriums, Robert E. McConnell und Ansel Luxford, opponierten.

Natürlich wollte selbst McConnell einen großen Teil der deutschen Industrie demontieren, einschließlich der Schmiedebetriebe, Gas- und Stickstoffwerke; er schlug aber auch vor, die Masse der deutschen Industrie unter amerikanisches Management zu stellen. Mit Hilfe dieser Industrie sollten Rüstungsgüter für den Krieg, der Alliierten gegen Japan hergestellt, ein Teil der Besatzungskosten in Deutschland verrechnet und den alliierten Nationen teilweise die Kriegskosten erstattet werden.

Luxford glaubte, man solle die deutsche Industrie zur Produktion von Reparationsgütern benutzen. Doch Morgenthau hielt Reparationen für unwichtig; sein Ziel war und blieb die Beseitigung der gesamten deutschen Industrie, die irgendwie einer Rüstungswirtschaft dienen konnte.

Er lehnte die Errichtung einer alliierten Kontrollbehörde für die deutsche Wirtschaft ab, weil er befürchtete, auch die alliierten Kontrolleure müßten nach Leistung und Ordnung streben, er aber wollte "hart durchgreifen".

Weit wichtiger war ihm das "Handbuch der Militärregierung", das Eisenhowers alliiertes Hauptquartier in London vorbereitet hatte. Das Handbuch sollte amerikanischen und britischen Offizieren der projektierten Militärregierung als Leitfaden dienen. Morgenthau aber überreichte Roosevelt am 25. August 1944 ein Memorandum, in dem er zahlreiche Passagen des Handbuches beanstandete.

In einem Abschnitt des Handbuches hieß es: "Ihre (der Militärregierung) unmittelbare Hauptaufgabe besteht darin, alles wieder in Gang zu bringen, die Scherben wieder aufzusammeln, die deutsche Zivilregierung so schnell wie möglich wieder arbeitsfähig zu machen."

In anderen Abschnitten wurde an die Offiziere der Militärregierung appelliert, die deutsche Polizei zu reorganisieren und sie über Gesetz und Ordnung wachen zu lassen, die deutschen Finanzen zu kontrollieren, für eine angemessene öffentliche Gesundheitspflege zu sorgen, die Landwirtschaft zu fördern, schrittweise eine Friedensindustrie zu errichten und Arbeiterunruhen zu vermeiden.

In dem Handbuch wurde angeordnet: "Das hochzentralisierte deutsche Verwaltungssystem soll beibehalten werden, es sei denn, es ergehen andere Anweisungen von höheren Dienststellen. Alle bestehenden deutschen Bestimmungen und Verordnungen über die Produktion, die Versorgung oder den Vertrieb werden in Kraft bleiben."

Und weiter: "Die Lebensmittelversorgung wird so geregelt, daß -- soweit möglich -- pro Tag durchschnittlich insgesamt 2.000 Kalorien zur Verfügung stehen. Sollten die Inlandsprodukte in Deutschland für eine solche Grundration nicht ausreichen, so wird der Rest durch Importe gedeckt. Das Hauptziel der alliierten Militärregierung auf finanziellem Gebiet ist es, durch rasche Maßnahmen den wahrscheinlich drohenden finanziellen Zusammenbruch zu verhindern ... Die internationalen Grenzen sollen nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 verlaufen."

Freilich mußte sich Morgenthau am 25. August notieren, der Präsident habe zunächst nur gemeint: "Man könnte das ja auf zweierlei Art und Weise lesen."

Morgenthau: "Er meinte damit, man könne es sowohl hart als auch weich interpretieren. Daraufhin sagte ich: "Sehen Sie, Herr Präsident, es geht um ein Handbuch, das in England in unsere Hände gelangte und -- soviel ich weiß -- noch nicht von Ihnen genehmigt worden ist. Ich habe McCloy gesagt, er möge Stimson mitteilen, daß ich mit Ihnen darüber sprechen würde, aber ich möchte ihn (Stimson) nicht verärgern. Vielleicht wäre es besser, wenn Sie mir das Memorandum und das Handbuch zurückgeben."

"Der Präsident erklärte aber: "Nein, wenn Sie nichts dagegen haben, würde ich es gern behalten und es heute abend lesen. Dann werde ich es Ihnen wieder zurückgeben. Ich unterbreitete dem Präsidenten weitere Vorschläge, aber es ist offensichtlich, daß er mich ganz im Hintergrund halten und -- wie üblich -- seinen eigenen Weg gehen möchte."

Der "eigene Weg" des Präsidenten entsetzte das Kriegsministerium. Schon nach seinem Gespräch mit Morgenthau am 23. August hatte Stimson ein Memorandum ausarbeiten lassen, das er zwei Tage später dem Präsidenten beim Mittagessen überreichte.

Sowohl mündlich als auch schriftlich nahm der Kriegsminister gegen Morgenthaus Vorschläge Stellung. Natürlich setzte er sich auch für die Umerziehung der deutschen Kinder ein, für die Abrüstung Deutschlands und die gerichtliche Bestrafung führender Nazis.

Er war aber gegen den Vorschlag, Deutschland in mehrere Kleinstaaten aufzuteilen, und er sagte zu Roosevelt, daß die Zerstückelung und wirtschaftliche Demontage Deutschlands 30 Millionen Menschen dem Hunger ausliefern würde -- in der Tat barbarische Aussichten.

Von den beiden Kabinettsmitgliedern jedoch, die den Präsidenten am 25. August aufsuchten, machte Morgenthau einen größeren Eindruck auf Roosevelt. Nach der Lektüre des Morgenthau-Memorandums über das Handbuch schickte Roosevelt am folgenden Tag Stimson einen scharf formulierten Brief. Darin wurden die von Morgenthau beanstandeten Abschnitte zitiert; zugleich aber trug der Brief Merkmale von Roosevelts Phraseologie:

Dieses sogenannte Handbuch ist ziemlich schlecht. Ich möchte gern wissen, wie es zustande gekommen ist und wer es im Ressort genehmigt hat. Falls es ohne Genehmigung verteilt worden ist, sollten alle Exemplare wieder zurückgezogen und so lange einbehalten werden, bis Sie Gelegenheit hoben, es zu überarbeiten. Ich gewinne daraus den Eindruck, daß Deutschland wie die Niederlande oder Belgien wiederaufgebaut werden und das deutsche Volk so schnell wie möglich auf den Vorkriegsstand gebracht werden soll.

Es ist aber von größter Wichtigkeit, daß jedermann in Deutschland begreift, daß Deutschland diesmal eine besiegte Nation ist. Ich will nicht, daß sie zu Tode hungern, wenn sie aber zum Beispiel mehr Nahrung brauchen, als sie zur Verfügung hoben, dann sollte man sie dreimal täglich mit Suppen aus den Feldküchen versorgen. Das erhält sie gesund; sie werden sich an diese Erfahrung zeitlebens erinnern.

Daß sie eine besiegte Nation sind, muß ihnen so eingeschärft werden, damit sie davor zurückschrecken, einen neuen Krieg zu beginnen. Hier und auch in England sind allzu viele Leute der Ansicht, das deutsche Volk als Ganzes sei nicht für das Geschehene verantwortlich, nur ein paar Naziführer hätten sich schuldig gemacht. Das läßt sich leider nicht mit den Tatsachen vereinbaren. Man muß dem ganzen deutschen Volk klar vor Augen halten, daß die ganze Nation an einer unrechtmäßigen Verschwörung gegen die Sitten der modernen Zivilisation teilgenommen hat.

Das "Handbuch der Militärregierung" sollte von einem Kabinettsausschuß neu formuliert werden, den Roosevelt auf Vorschlag Stimsons und Morgenthaus in einer Kabinettsitzung am 25. August eingesetzt hatte. Die beiden Minister und Außenamt-Chef Hull hatten den Auftrag, die Behandlung Deutschlands zu beraten.

Um dem Kabinettsausschuß die Richtung zu weisen, schickte Roosevelt dem Finanzministerium und dem Außenministerium Kopien seines Kommentars zum Handbuch. Hull aber stieß sich daran, daß er die Verantwortung für die Deutschland-Politik mit seinen Kollegen teilen sollte: mit Morgenthau, dessen Ansichten über die deutsche Wirtschaft er ablehnte, und mit Stimson, der über die Rangfolge militärischer und politischer Fragen teilweise anders dachte als das Außenministerium.

Doch "der Präsident und auch Stimson", so schrieb sich Morgenthau ins Tagebuch, "traten entschlossener denn je gegenüber Hull auf". Morgenthau glaubte, die Intervention des Finanzministeriums habe ihren ersten Zweck erfüllt. "McCloy und Stimson müssen wohl einsehen", erklärte Morgenthau seinen Mitarbeitern, "daß das Handbuch in Kraft getreten wäre, hätten wir nicht die Reise nach Europa angetreten und diese Sache aufgedeckt."

Stimson war freilich über die Reaktion des Präsidenten auf das Handbuch weniger beunruhigt als über Morgenthaus Politik. An einem verlängerten Wochenende anläßlich des Labor Day

(Tag der Arbeit), zwischen dem 26. August und 3. September 1944, vertraute Stimson seinem Tagebuch schwerwiegende Vorbehalte gegenüber dem Finanzminister an.

Morgenthau hegte, schrieb Stimson, "sehr bittere persönliche Ressentiments gegen das gesamte deutsche Volk, ohne dabei individuelle Schuld zu berücksichtigen. Ich fürchte sehr, daß es auf unserer Seite zu einer Massenvergeltung in Form von ungeschickten wirtschaftlichen Maßnahmen kommen wird. Das muß unweigerlich eine äußerst gefährliche Reaktion in Deutschland auslösen und wahrscheinlich einen neuen Krieg".

Morgenthau hatte völlig entgegengesetzte Überzeugungen. Als er an jenem Wochenende nach Hause fuhr, schärfte er White und Pehle ein, sie müßten jede Minute darauf verwenden, die Deutschland-Frage zu untersuchen.

"Der Präsident verlangt dringend nach Material", rief er ihnen zwei Tage später am Telephon zu. "Diese Frage ist weitgehend psychologischer Art, es geht darum, wie man die Deutschen behandeln soll, denen man diesen (NS-)Fanatismus eingetrichtert hat. Entscheidend ist der Angriff auf die deutsche Geisteshaltung. Ich würde nicht vor dem Vorschlag zurückschrecken, entsprechende Aktionen so unbarmherzig wie nötig zu unternehmen."

Am Telephon überprüfte Morgenthau täglich das Memorandum, das White und Pehle entwarfen. Ihre erste Fassung war dem Minister nicht hart genug.

Am 31. August 1944 gab er die Weisung: "Ich wünsche, daß Ihre Leute bei der Sache von folgender Voraussetzung ausgehen:

"Das Ruhrgebiet soll völlig stillgelegt werden, und auch das Saargebiet. Nun, warum habe ich gerade das Ruhrgebiet genannt? Sie werden sehr leicht feststellen können, wie hoch dort die Kohle- und Stahlproduktion ist; Sie müssen sich überlegen, was es für England und Belgien bedeuten würde, wenn diese deutsche Industrie wieder zu Kräften käme. Das Ruhrgebiet war immerhin zum Teil für die große Arbeitslosigkeit in England verantwortlich, und es gehört zu unseren Aufgaben, England wieder auf die Beine zu bringen.

"Man muß auch untersuchen, welche Konkurrenz das Ruhrgebiet für die Kohle-Stahl-Industrien Belgiens und Englands bildete. Es wäre ebenfalls annähernd zu errechnen, wie lange es dauern würde, bis in Rußland die Industrie so weit ist, daß sie gemeinsam mit England und Belgien die ehemaligen Kohle- und Stahlkunden Deutschlands übernehmen könnte."

White wandte ein: "Das Ruhrgebiet ist das schwierigste Problem. Wenn man es nach Ihren Wünschen stilllegt, dann werden ungefähr 15 Millionen von 18 Millionen Menschen absolut nichts zu tun haben; einige unserer Leute meinten, daß wir politisch damit nie fertigwerden. Wenn man das Ruhrgebiet internationalisiert, ergeben sich andere Probleme. Man kann es nicht einfach Frankreich zuschlagen; es ist zu groß. Man kann es nicht Belgien oder Holland geben; es würde Belgien und Holland schlucken."

Morgenthau erwiderte: "Ich kann Ihnen nur sagen, daß die Kohle- und Stahlbergwerke Englands viele Jahre lang florieren würden, wenn das Ruhrgebiet stillgelegt wäre." Als White weiterhin seine Zweifel vorbrachte, bedeutete ihm der Minister kategorisch. "Das Ruhrgebiet muß stillgelegt werden."

Außerdem wußte er eine Antwort auf Whites Frage, was mit den Deutschen in dem Gebiet geschehen sollte, in dem es an Arbeitsplätzen fehlen würde: Man müsse "ein internationales TVA" (TVA = Tennessee Valley Authority, amerikanische Regierungsbehörde für die wirtschaftliche Erschließung des Tennessee-Tals) bilden, dem "ein paar Millionen Deutsche" zur Verfügung stehen sollten, die in der ganzen Welt zur Urbarmachung und zum Bau von Wasserkraftwerken einzusetzen seien.

Während der Entwurf im Finanzministerium noch überarbeitet wurde, legte Morgenthau dem Präsidenten am 2. September 1944 eine vorläufige Fassung seines Planes vor. Sie trafen sich, wie so oft, in dem schönen, geräumigen Familienhaus, das Morgenthau in Fishkill im Staat New York umgebaut hatte.

Beide Männer entspannten sich in dieser vornehmen, aber ländlichen Umgebung. In Morgenthau Tagebuchaufzeichnung von jenem Tag ist ihr Gespräch festgehalten:

"Heute nachmittag kamen der Präsident und seine Frau zum Tee. Eine volle Stunde benutzten wir zur Erörterung der deutschen Situation. Ich gab ihm den Entwurf der Vorschläge und eine Karte.

Der Präsident sagte: "Ich möchte gern wissen, ob Sie die Dinge mit aufgenommen haben, an denen ich interessiert bin. Ich erklärte dem Präsidenten, dies sei nur ein vorläufiger Entwurf, mit dem ich selber noch nicht ganz zufrieden sei, er ginge noch nicht weit genug."

Der Präsident zeigte großes Interesse an dem Memorandum. Als er es durchgelesen hatte, sagte er mir, er wünsche, daß noch drei weitere Punkte darin aufgenommen würden: Deutschland dürfe keine Flugzeuge besitzen, nicht einmal Segelflugzeuge, den Luftverkehr in Deutschland sollten andere Länder versehen. Zweitens dürfe niemand eine Uniform tragen, es dürfe auch nicht marschiert werden. Daraus würden die Deutschen besser als aus allem anderen lernen, daß sie besiegt sind.

Daraufhin sagte ich: "Das ist sehr interessant, ich glaube aber nicht, daß dies (Memorandum) weit genug geht. Meiner Meinung nach wird in diesem Memorandum die Frage des Ruhrgebiets nur unzulänglich behandelt. Das Ruhrgebiet ist das Herz der deutschen Kriegsmaschine" und ich möchte, daß die Ruhr demontiert wird und die Maschinen den Ländern gegeben werden, die sie vielleicht brauchen könnten."

Dem Präsidenten gefiel das alles. Ich sagte: "Ein anderes Problem wird in diesem Memorandum nicht angeschnitten, und das ist die Mentalität der Deutschen im Alter von 20 bis 40 Jahren. Ich bin überzeugt, daß man sie ändern könnte" und zwar dadurch, daß man diese Deutschen irgendwo nach Mittelfrika umsiedelt, wo sie bei irgendeinem großen Erschließungsprojekt eingesetzt werden können. Eine andere Frage ist es was man mit den Kindern dieser Leute tun soll, um ihnen die richtige Erziehung zu geben."

Der Präsident hörte sehr aufmerksam zu und schien mit meinen Äußerungen völlig einverstanden zu sein. Ich glaube nicht, daß sich seine Gedanken bisher in diesen Bahnen bewegt hatten. Er unterbrach mich mit den Worten: "Wissen Sie, man wird völlig neue Schulbücher für die Deutschen schreiben müssen" und ich sagte, daß ich mir darüber im klaren sei."

Als Morgenthau am 4. September wieder ins Finanzministerium zurückgekehrt war, wies er White an, in das Memorandum die Wünsche des Präsidenten zur Deutschland-Frage mit aufzunehmen. Der Minister erklärte auch, Roosevelt sei mit Morgenthau Vorstellung über die Zukunft des Ruhrgebiets einverstanden.

White protestierte dennoch: "Ich glaube, man muß dabei bedenken, was mit den 15 Millionen Menschen geschehen soll." Morgenthau erwiderte, der Präsident würde sie aus den Feldküchen der US-Armee ernähren. Fehle fragte, wie lange das dauern würde. Morgenthau daraufhin: Roosevelt würde sich darüber keine Gedanken machen.

Gleichwohl prophezeite Fehle, daß "man ihm (Roosevelt) ein solches Programm niemals abnehmen wird". Und White schlug abermals als Alternative vor: "die Industrie des Ruhrgebietes unter internationale Kontrolle zu stellen und sie 20 Jahre lang für Reparationsleistungen zu nutzen".

"Harry", gab Morgenthau zurück, "das nehme ich Ihnen einfach nicht ab, weil es dann nur soundso viele "Jahre andauert; dann kommt ein Anschluß, die Deutschen marschieren ein und holen sich das Ruhrgebiet wieder. Es gibt nur eine Sache, die Sie mir offerieren können, nur eine Sache, an der ich mich beteilige, und das ist die völlige Stillegung des Ruhrgebietes. Es wird einfach abgebaut. Ich kümmere mich nicht darum, was aus der Bevölkerung wird. Ich will jedes Bergwerk, jedes Walzwerk und jede Fabrik zerstören, Stahl, Kohle und alles. Ich bin dafür, daß wir zuerst zerstören und uns dann in zweiter Linie über die Bevölkerung Gedanken machen."

Die Morgenthau-Berater White, Gaston und McConnell brachten weiterhin Einwände vor, aber der Minister gab nicht nach. "Das ist die Stelle, wo ein Krieg, ausbrechen kann", insistierte er, "und dieses Gebiet hat zur Schließung der Stahlwerke in Birmingham und der Kohlenbergwerke in England beigetragen, es ist der Grund für das Elend und den niedrigen Lebensstandard in England. Ich würde das alles dicht machen, so daß nichts übrigbleibt."

Morgenthau: "Ich möchte, daß die Kriegsverbrecher ihren Teil abbekommen, aber in erster Linie bin ich an der Zukunft interessiert. Wenn man in Zukunft den Weltfrieden erhalten will, dann sehe ich nur einen einzigen Weg dazu: die Stilllegung des Ruhrgebietes. Demontiert die Maschinen, setzt die Bergwerke unter Wasser, sprengt sie in die Luft oder wrackt sie ab -- dann wird diesem Gebiet ganz sicher die Möglichkeit genommen, in Zukunft wieder Krieg zu führen."

"Sobald ihr aber mit mir herumräsoniert und ich anfangs nachzugeben, werden sie (die Deutschen) machen, was die Leute in den Bergen von Pennsylvania taten: Sie werden illegal Kohle produzieren. Ein Kerl wird in seinem Keller ein Kohlenbergwerk einrichten, und die Kerle sind ja so klug und solche Teufel, daß man es gar nicht merkt, wenn sie schon wieder ein Heer haben."

"Ich werde keinen Zentimeter weichen. Sicher, es ist ein schreckliches Problem. Sollen es doch die Deutschen lösen. Warum, zum Teufel, soll ich mir darüber Gedanken machen, was aus ihrem Volk wird? Wir haben diesen Krieg nicht gewollt; wir haben nicht Millionen Menschen durch die Gaskammern gejagt, wir haben nichts von alledem getan. Sie haben es gemacht. Meine Kinder und Enkelkinder sollen in Zukunft davon verschont bleiben, daß diese Bestien wieder Krieg führen."

Morgenthau fuhr fort, er habe dem Präsidenten bereits mitgeteilt, in dem vorläufigen Memorandum sei man noch nicht weit genug gegangen. Er wünsche, daß Pioniere der Armee "in jedem Stahlwerk, in jedem Kohlenbergwerk, in jedem chemischen Werk und in jeder Anlage zur Herstellung von Steinkohlenbenzin Dynamit legen, die Wasserhähne öffnen, alles unter Wasser setzen und in die Luft sprengen".

Morgenthau interpretierte den Präsidenten so: "Er ist willens, ebenso weit zu gehen wie ich, oder er will sogar noch weiter gehen. Der Mann brennt darauf, er ist ganz verrückt nach Arbeitsunterlagen. Legen Sie das Ruhrgebiet still und machen Sie daraus ein Geistergebiet."

Wieder und wieder wollten Morgenthaus Untergebene ihn überreden, er möge seine Ansichten mildern. White schlug vor, das Ruhrgebiet solle weiterhin Kohle produzieren, um der "schrecklichen Kohleknappheit" abzuhelfen, die nach Kriegsende in Westeuropa herrschen würde.

Morgenthau entgegnete: "Wenn Sie antworten, man solle sie weiter Kohle produzieren lassen, dann gehen Sie überhaupt nicht auf meinen Vorschlag ein. Ich werde nicht nachgeben, solange ich atme."

Mit dieser Erklärung schlug Morgenthau alle Argumente der Beamten des Finanzministeriums ab. Morgenthau glaubte, sein Plan einer Vernichtung der Ruhrindustrie werde Roosevelts volle Unterstützung finden.

Er war sicher, daß der Plan auch dazu beitragen werde, den Wohlstand in England zu beleben und die sowjetische Furcht vor einem Wiedererstarken Deutschlands zu mildern. So hoffte er, sein Endziel zu erreichen: die Festigung der sowjetisch-amerikanischen Freundschaft, die Beseitigung der deutschen Weltgefahr und die Errichtung eines dauerhaften Friedens.<<